

9tr. 142.

24. Jahrgang.

Die Bereitung des kleinen Grundbesitzes.

Die stetgende Verkümmерung der klein- und mittelbäuerlichen Klasse steht in schelnbarem Widerspruch zu der ständigen Preissetzlerung landwirtschaftlicher Produkte. Selbst dort, wo der bäuerliche Betrieb mehr erzeugt, als er zur Konsumtion braucht, sehen wir ihn bis zu einem gewissen Grade wachsenden Schwierigkeiten entgegengehen. Daran haben alle künstlichen Eingriffe nichts zu ändern vermocht. Nach der Regel unserer zigarier ist das ein Zeis. nicht nur für die Notwendigkeit der bestehenden Schutzölle, sondern auch für ihre Erhöhung. Zum Teil stimmen sie mit dieser Forderung bei der kleinbäuerlichen Schicht durchaus Widerhall, da ja auch deren Produkte mehr und mehr zu Waren werden. Durch diese Tatsachen glauben die Kleinbauern in demselben Gegensatz zu den Konsummenten zu stehen, wie die Großgrundbesitzer. Ihre soziale Stellung ist eine zu verwischte, ihre Lage eine zu gedrückte, um ihnen ihre wahren Interessen vor Nutzen führen zu können. Dazu kommt ihre Isoliertheit vom politischen Leben. Nur durch diese Umstände ist es zu erklären, daß noch ein großer Teil den agrarischen Schutzzöllnern nachläuft, obwohl der größte Teil von ihnen ganz andere Interessen hat, wie der Großgrundbesitz. Es erhebt sich, nachzuweisen, daß jene kleinbäuerliche Schicht, die auf der einen Seite Landesprodukte auf den Markt bringt, um sie auf der anderen Seite, in geringeren, aber verarbeiteten Mengen, wieder zu konsumieren, keinen Nutzen von den Zöllen hat. Bei welcher landwirtschaftlich benutzten Fläche die Grenze zu ziehen ist, kommt ganz auf die Ertragfähigkeit des Bodens und auf die Methode seiner Bearbeitung an. Im Durchschnitt ist eine Fläche von sechs bis acht Hektar zur normalen Ernährung einer Kleinbäuerlichen Familie nicht zu reichlich bemessen. Inwiefern diese normale Ernährung stattfindet, werden wir später noch sehen. Bei der Festsetzung dieser Grenze können wir uns auf den ehemaligen Reichskommissar **Hohenlohe** berufen. Bei der Beratung des Antrags Rantz auf Einführung eines Staatsmonopols für den Gfrettbahndel gab es am 29. März 1895 im Reichstag folgende Erklärung ab:

„Solche Anträge bringen durchaus nicht allen Landwirten Nutzen. Ein größerer Teil landwirtschaftlicher Betriebe wird von dem Antrage einen Vorteil durchaus nicht haben; es gibt viele, denen der Antrag nicht nur keinen Vorteil, sondern Nachteile bringen würde. Die Betriebe bis 12 Hektar haben kein Getreide zu verkaufen, sondern müssen meist noch Getreide aufkaufen. Wennfalls werden die landwirtschaftlichen Betriebe von 6 Hektar ab bei gutem Boden imstande sein, den Bedarf an Getreide für den Besitzer und seine Familie zu beden. Die Betriebe bis 12 Hektar umfassen 4 Millionen gleich 76 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe.“

Wenn wir jetzt die Grenze der Anbaufläche für den Eigenbedarf mit sechs bis acht Hektar ansetzen, dann aus dem Grunde, weil seit dem Jahre 1895 die Ertragssfähigkeit des Bodens gestiegen ist. Wenn es dennoch landwirtschaftliche Betriebe gibt, die mit einer geringeren Fläche den Eigenbedarf decken, so ist das ein Beweis für ihre Bedürfnislosigkeit, oder besser gesagt für ihre Verschuldung. Je verschuldet er aber ein Betrieb, um so größer sein Geldbedürfnis. Seine Steuern- und Zinsabgaben sind so hoch, daß er darauf bedacht sein muß, seine Produkte so viel wie möglich zu verlaufen und den Eigentonsum einzuschränken. Das geschieht entweder durch Verminderung der Familienmitglieder, also der Arbeitskräfte, oder durch eine schlechtere Ernährung im allgemeinen. Diese Schwierigkeiten wachsen mit der steigenden Verschuldung des Grundbesitzes. Die Statistik beweist, daß auch die kleineren Grundstücke im letzten Jahrzehnt im Preise gestiegen sind. Das ist aber kein Beweis für die Vorteile der kleinen Landwirte aus den Schutzzöllen, sondern ein Beweis für die steigende Nachfrage nach kleinen Grundstücken, da sich viele kleine Leute durch Erwerbung eines kleinen Grundstücks für die Lebensmittelsteuerung entschädigen wollen. In der Haupfsache war es aber die infolge der neuen Zollperiode von 1902 einkommende Güterschlöchterei und Bodenpekulation, die auch die Preise für die kleinen Grundstücke bedeutend steigerter. In seinem Buche: „Die Preisbewegung landwirtschaftlicher Güter im nördlichen Teil Oberbayerns 1900—1909“ sagt Dr. Hörenz:

Das Studium der Kataster lehrt, daß der Besitzbesitz im letzten Jahrzehnt ganz bedeutend zunehmungen hat. Diese Güter waren lediglich Handelsware mit "Spekulationsobjekte." Und weiter heißt es: "Der Gesetzgeber hat die unerfreuliche Begleiterscheinung des Schätzjahrabs nicht berücksichtigt; er hat mit Menschen gerechnet, wie sie sein sollten; er hat sich daher berechtigt. Der Wirtschaftspolitiker aber nimmt die Menschen wie sie sind; er sieht im Getreidehof eine Schreinbare ohne Ende", zum Nachteil der Gelenktion, nemals aber ein Mittel zur bauernnden Besserung der Landwirtschaft."

Ist die Preissteigerung für die Landwirtschaftlichen Produkte infolge des Schiedes, bei dem Preis, ~~so~~ durch die Preissteigerung der Lebensmittel mehr als aufgehoben, so zeigt uns doch die Steigerung der Grundstücke gewisse Vorteile. Diese sind aber bei näherer Be-

trachtung so fragwürdiger Natur, daß sie all die Nachteile ihres Ueberhers, des Schuhzolles, nicht aufheben können. Da der kleine Landwirt seinen Grund und Boden zur Verwertung seiner eigenen Arbeitskraft benutzt und nicht zu Spekulationszwecken, kommt er selten in die Lüge, aus der Preissteigerung Nutzen zu ziehen. Ist das der Fall, dann hört er meist auf, Landwirt zu sein, entweder um sich einen anderen Erwerb zu suchen, oder sich vielleicht gar auf sein Alter ein paar ruhige Tage zu gönnen. In diesem Falle wird also die Schübenlast des neuen Besitzers vermehrt, sodass er sich in einer neuen Notlage befindet. In den meisten Fällen tritt aber bei den kleinen Landwirten ein Besitzwechsel erst mit dem Tode des Besitzers ein. Geht das Eigentum in fremde Hände über, so wird die Bodenpreissteigerung in solchen Notfällen, wie sie ja bei Todesfällen meist eintreten, weniger zur Geltung kommen, da ja ein günstiger Moment für den Verkauf nicht abgewartet werden kann. Bleibt die Wirtschaft aber in der Familie, so wird bei zahlreicher Anerbenschafft durch den neuen Besitzer eine neue Notlage geschaffen, da er ja in den meisten Fällen die anderen Erbteilte abläsen muss. Sein Betriebskapital ist von Anfang an ein beschränktes, sodass er Neuerungen und Verbesserungen in seinem Betriebe selten vornehmen kann. Diese Schwierigkeit bei der Vererbung von Grundstücken tritt auch dort ein, wo auss Verwandtschaftsstücken von einer Steigerung des Verkaufspreises Abstand genommen wird. Es zeigt sich also, dass auch die Bodenpreissteigerung nicht zum Nutzen der kleinen Landwirtschaft, sondern zum Nutzen derer, die sich von der Landwirtschaft zurückziehen und zum Nutzen der Güterschläger und Bodenspekulanten ausschlägt. Während der Großgrundbesitzer sein Land rationell bewirtschaften kann, sofern er über genügende theoretische und praktische Kenntnisse und Kapital verfügt, und dadurch imstande ist, selbst bei verhältnismäßig teurem Land bequem auszukommen; bleiben dem kleinen Landwirt all diese Vorteile verschlossen. Au theoretische Fachbildung ist bei ihm gar nicht zu denken, und wenn er sie sich durch Bücher und Zeitungen aneignen möchte, dann fehlt ihm die Zeit, und zudem noch bei seiner geringen Nutzungsfläche oft die Gelegenheit, sie anzuwenden. Dazu kommt noch, dass er bejeglichens Mangel an Sommergästen und nationaleconomischen Kenntnissen, sowie Geldmangel, die Notlage nicht ausnutzen kann und bei der Aufnahme von Hypotheken

meist einen hohen Zinszusatz zahlen muß. Die steigenden Steuerabgaben zur Erhaltung der riesigen Wehrmacht und die starke Heranziehung zu persönlichen Diensten belasten den Kleinbauern weit stärker als den Großgrundbesitzer, da ja dieser in den meisten Fällen wirtschaftliche, in allen Fällen aber politische Interessen an einer starken militärischen Macht im heutigen Sinne hat. Anders der Kleinbauer. Für ihn bedeutet die Entziehung eines Familienmitgliedes zur Absolvierung militärischer Dienste nicht nur den Verlust einer Arbeitskraft während der Dienstzeit, sondern oft darüber hinaus. Er muß sich an Stelle seines Sohnes eine Arbeitskraft nehmen, die er mit barem Geld bezahlen muß, die ihm aber oft für die entgangene Arbeitskraft ungenügenden Ertrag bietet. Dazu kommen die Aufwendungen für den Sohn, welche vielleicht gar die Söhne, in der Kaserne. Es ist also gerade der Militarismus, der in seiner bestehenden Form und in seinem Wachsen den Bauern und Kleinbauern in steigendem Maße belastet. Wenn sich trotz all dieser erdrückenden Lasten der bäuerliche Betrieb in uneingeschränkter Zahl erhalten hat so verdankt er das dem unermüdlichen Fleiß seines Besitzers und seiner Angehörigen, sowie ihrer „bewundernswerten“ Geduldlosigkeit. Diese Geduldlosigkeit, die sich bei ihnen auf allen Gebieten zeigt, führt zu einer langsamem, aber sicherem, geistigen und körperlichen Degeneration. Ein Zurück aus dieser Stagnation ist nur möglich, wenn sich der kleine Grundbesitz die Vorteile des Großbetriebes zu eigen macht, wo er sich also, nicht nur auf dem Gebiet des Kredits und des Ein- und Verkaufs von Waren, sondern mit seinem ganzen Betrieb, zu Landwirtschaftlichen Betriebs-Grossen schaffen zusammenzieht. Nur ist dieser Grundlage wird er sich nicht nur dem Großgrundbesitz ebenbürtig zur Seite stellen können, sondern ihn mit seinen, an Arbeit gewohnten und für die eigene Ernährung arbeitenden Gemeinschaftslern weit überlegen sein. Wo der Kleine Bauer glaubt, diesen Weg infolge der Verschiedenheiten der Interessen nicht gehen zu können, findet er, wie alle unterdrückten Volksrichten, nur Schutz bei der Partei, die jegliche Unterdrückung und Belästigung der weniger leistungsfähigen Schichten bekämpft.

Solitäre Nebenlädt.

Die Barber.

Erft die Garde, dann das Vaterland! — Diesen Aus-
spruch will der Kriegsmäher allerdings nicht geordnet
haben, aber es ist doch nicht zu bestreiten, daß er in
der Budgetkommission selbst hat, die ganze Zwickmühle
würde fallen, inerum der sozialdemokratische Linken und
Mitteung der Gewerkschaften um eine Verformung

angenommen würde. Und auch gestern hatte er sich im Plenum bei der Veratung desselben Antrags mit einem beispiellosen Glan und mit begeisterter Wärme für die Aufrechterhaltung des bisherigen Zustandes angestrengt. Dasselben hat er heutige rhetorische Effekte erzielt. Zum System einer absolutistischen Heeresverfassung, die die Armee vom Volke möglichst trennen will, ist freilich die Garde ein wichtiges Kennzeichen und ein wertvoller Schutz, und das macht auch ihre Bedeutung aus, viel mehr als die Tradition, auf die sich die Heeresverwaltung beruft.

Die Sitzung begann mit der Abstimmung über die in den letzten Tagen verhandelten Anträge und Resolutionen. Der sozialdemokratische Antrag auf Verkürzung des Dienstzeit, der Ebenfallsantrag auf Aufhebung des Einjährigen-Privilegs und der Antrag auf Aufhebung des Burschenwesens wurden abgelehnt. Angenommen wurden nur die Resolution der Budgetkommission und der Fortschrittsler, die einen platonischen Wunsch nach möglichster Verkürzung der Dienstzeit enthalten und eine Ausdehnung des Einjährig-Freiwilligen-Dienstes wollen.

Dann begann die Beratung unseres Antrags, der alle Beslimmungen über das Gardelörps und anderer Elitesformationen für ungültig erklärt, und der freisinnigen Resolution, die die Privilegierung bestimmter Truppenkörper aufgehoben wissen will. Unser Antrag wurde vom Genossen Dr. Lenzsch in einer aussführlichen Rede begründet; die in aller Schärfe den reaktionären Charakter der Garde entwidete. Er wandte sich zuerst gegen die offiziellen Vorwände, mit denen man die Aufrechterhaltung der Garde beden möchte, namentlich gegen die begreime Ausrede von dem „Eingriff in die Kommandogewalt des Kaisers“.

Diese Ausrede ist insofern allerdings von einiger Bedeutung, als sie in der Tat auf den historischen Ursprung der Garde hinweist, der sie aber gerade als ein Werkzeug autokratischer Herrschaft erscheinen läßt. Da unser Redner auf die heutige Verwendung der Garde bei höfischen Festen und Empfängen zu sprechen kam, die eben dieses historische Merkmal der Garde aktuell markiert, geriet der Präsident in einige Aufregung, und erzielte einen jener Ordnungsrufe, über deren merkwürdige Ergebung sich niemand mehr im Reichstag wundert. Das gleiche — innerhalb erträgliche — Schicksal erreichte den sozialdemokratischen Redner, als er von der Argumentation des Kriegsministers, durchaus treffend sagte, daß er das unmöglichste an Ablehnungen geleistet hat. Und diese Bemerkung könnte doch kaum wundernehmen, wenn Herr von Seeringen ernstlich die Erfiisibilität des Gardeoffizierkorps bestreiten will! Genosse Dr. Lenzsch erläuterte schließlich durch einige charakteristische Beispiele die Vorzugung des Gardeoffiziers, von der nur der Kriegsminister berlangt, dok sie noch extra bewiesen wird.

Die präzise rechtliche und historische Untersuchung, die unser Genosse gegeben hatte, möchte den Kriegsminister an seiner empöndlichen Stelle getroffen haben, und die Verteidigung des absolutistischen Gardeprinzipis erschien ihm so wichtig, dass er zu seiner pathetischen Kriegserklärungsrede sogar die Rednertribüne besetzte. Solches Pathos verfehlt seine Wirkung nicht: er erzielte manches Lächeln auf der Bühne, das für erregte Zustimmung auf der Bühne, deren Bewohner seine Verteidigung so lebendigen Ausdruck verliehen.

Herr Dr. Müller-Weiningen lehnte den sozialdemokratischen Antrag ab und erklärte, um die Hochfertigkeit des fortschrittlichen Vorgehens zu begleiten, daß seine Freunde nur aussichtsreiche Mittäuge gesetzt hätten. Aber selbst dieser gewiß nicht allzuversche Verteidiger blutgeröteter Rechte mußte dem Kriegsminister gegenüber doch die zahlenmäßige Tatsache der Gardegruppenkette vorwählen. Diese Tatsachen waren freilich für den folgenden Redner, den konservativen Herrn v. Graefe, nur „schärfste Oberflächlichkeit“ — ein Urteil, das man leicht versteht, wenn man bedenkt, daß der temperamentvolle Herr aus Mecklenburg geradezu eine Verachtung des Adels zur großen Erhöhung der Linken herausfand. Das Zentrum hatte in der Sache bezeichnenderweise einen seiner Großen vorgeschieden, den Herrn v. Brachmann, der ebenso wie der nationalliberale Herr Metzner alles in schönster Ordnung findet, wenn sie auch für die freimüigen Resolutionen plänen wollen.

In einer sehr gläubiger Polemik vertrat noch Genosse Schöpflein gegen den Kriegsminister und die Stehner aus dem Hause des Staats der Demokratie gegen das Recht des Absolutismus. Den erregten und ausführlichen Dr. Müller-Melchers auf die verbotenen antisemitischen Redensarten des Zalmanns v. Groese.

卷之三

Das Volk hat sie gegen die Wahlreform im Kreis zu entscheiden. Diese wurde, um fälscher Wahlveriegung mehr zu verhindern, nicht dem "Wahlrechts" und nicht dem "Gesetz zur Sicherung der Wahlordnung" unterstellt.

Das reichste Material der sozialen Datenbanken ist die universitäre Lehre, das heißt, die Studien- und

Der diesjährige Saison-Räumungs-Verkauf

beginnt

Montag, den 23. Juni

Tief Gründige in allen Abteilungen
Staunen erregende billige
Extra-Angebote.
Nur so lange Vorrat — Kein Umtausch.

Dr. Schneider

Breslau Neue Schwedtitzerstr. 1
Am Kaiser-Wilhelm-Denkmal

Gemeine und Versammlungen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Donnerstag, den 26. Juni, abends 8 Uhr,
im großen Saale des „Gewerkschaftshauses“, Margarethenstraße 17:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Neuwahlen des Vorstandes, der Revisoren, der Preskommision und des Bildungs-Ausschusses.
2. Antrag der weiblichen Funktionäre, die Frauenabende betreffend.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Mitgliedsbuch legitimiert.

Stimmrecht haben nur die gewählten Vertreter, die Vorstandsmitglieder und die Distriktsführer (§ 7 des Statuts).

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Die Abrechnung

Der Rechenschaft führt Montag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, in den kleinen Distriktsräumen statt.

Der Vorstand.

Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend

eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Einladung zur ord. General-Versammlung

am Freitag, den 27. Juni 1913, abends 8 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Margarethenstraße 17, Ecke Salzgasse.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbuchbericht über das 3. Quartal 1912/13.
2. Ergänzungswahl für die aufscheidenden Aussichtsratsmitglieder.
3. Berlebung des Revisionsberichts des Verbandsrevisors.
4. Aufhebung des Beschlusses der General-Versammlung vom 2. September 1910 bezüglich Renten.
5. Antrag der Verwaltung auf Ankauf eines Grundstückes zur Errichtung einer Bäckerei.
6. Aenderung der Sparordnung.
7. Beschlussfassung über Errichtung eines Genossenschaftsrates.

Zum Aussichtsrat scheiden aus die Genossen Schneidemund, Senn und Lodus. Sämtliche Genossen sind wieder wählbar. Mitgliedsbuch legitimiert!

Der Aussichtsrat.

3345 J. L. : Peter Seckau.

Schwimm-Verein „Poseidon“, Breslau.

Mitglieder des Breslauer-Schwimmvereins

Donnerstag, den 22. Juni 1913:

Oberstufenwettkampf Breslau-Arena

(Regatta).

Wettkampf freitags 7 Uhr vor der Weißgerberischen Wabeanlage. Preis: Erwachsene 70 Pf.; Kinder 40 Pf. für Hin- und Rückfahrt.

Zeiten freitags bei den Mitgliedern, sowie auf den Inhalten von Weißgerber und Stremm zu haben.

Schauspielhaus

Generaldirektor des

Breslauer Opern-Theaters.

Dienstag 8 Uhr: „Das Prinzenpaar“.

Freitag 8 Uhr: „Die Goldkugel“.

Samstag 8 Uhr: „Der Süßwurm“.

Lieblich's Etobli

Montag Donnerstag abends 8 Uhr

Zum 50. Male am

Breslau, so sieht es aus!

In letzter: Grosser Konzert.

Gest und morgen kostet

Fräulein Schönheit Nr. 25

Fräulein Schönheit Nr. 18

Westlicher Flöckhalle

Verband der Sattler und Portefeuillier.

Sonntag, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Saal 8: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Bericht vom Aufsichtsrat. 2. Gewerkschaftliche Vereinigungen. 3. Bezeichnung. 3523 4. Bezeichnen Schuh aller Kollegen erwartet. Die Direktionssitzung.

Ströbel

Sonntag, den 22. Juni, 2 nachmittags 3 1/2 Uhr: 3523 findet bei Herrn Ströbel eine öffentliche Frauen-Versammlung statt, auch Männer haben Zutritt. Ref.: Frau Ansorge, Neusalzbrunn. Der Arbeiterausschuss.

Zoologischer Garten.

Donnerstag: Konzert bei Breslauer Sommeroperette (50 Pf.) (Juttner)

Bei gutem Wetter: Abends 8 Uhr: Leuchtfontäne.

106412

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

3523

Das unterdrückte Festspiel

von Gerhart Hauptmann beschäftigt alle Welt. Nicht nur in Deutschland, auch im Auslande herrscht in den Kreisen des aufrechten Bürgertums nur eine laue Stimmung der Enttäuschung darüber, daß sich der Magistrat von Breslau sowohl bringen ließ, das Festspiel zurückzuziehen. Die Zeitungen aller Parteirichtungen sind voll von Belehrungen über das unerhörte Ereignis, das Breslau dem Gespött von ganz Europa ausgesetzt hat. Wir drucken einige der Pressestimmen ab:

Der "Breslauer General-Anzeiger" schreibt:

"Das unglaubliche ist Ereignis geworden. In die ganze großzügige Veranstaltung, die lediglich idealen und nationalen Motiven entspringen ist, ist ein schillernder Unktion gebrungen. Unsere Stadt hat sich eine Blamage geholt, deren man sich schämen muß."

Über die

Vorgeschichte des Festspiels

werden dem "Bresl. Gen.-Anzeiger" von unterschiedeter Seite folgende wichtige Mitteilungen gemacht:

"Der Kronprinz hätte sicherlich an Professor Reinhardt Wilhelm Schmidbauer für die Aufführung des Festspiels empfohlen, während von anderer Seite Josef Ullrich und Gerhart Hauptmann in Verschlag gebracht wurden. Wenn man sich schließlich für Hauptmann in Annahme entschlossen hat, so ist man es aus der Erwagung heraus, daß Hauptmann sowohl wegen seiner dichterischen Qualitäten, wie als schlesischer Landsmann die nächste Anwartschaft auf dieses Festspiel habe. Man hat nun Hauptmann, das Spiel zu schreiben, gemacht ihn aber auch gleich darauf aufmerksam, daß er mit einer starken Opposition in Breslau zu rechnen habe. Hauptmann meinte, daß ihm diese Situation durchaus bekannt sei und daß weiterhin zu verstehen, daß er falls er sich überhaupt entschließen würde, das Stück zu schreiben, die Stadt natürlich in keinerlei Verlegenheiten bringen werde. Im Verlauf der nächsten Wochen hat Hauptmann dann nicht weniger als fünfmal die Mitteilungen nach Breslau gelangen lassen, daß er das Festspiel lieber nicht schreiben möchte. Nun wieder aber wurde er umgestimmt und die Sache kam dann endlich zum Abschluß. Hauptmann hatte vor ungefähr einem halben Jahre das Requiem zu dem Festspiel fertiggestellt und wollte es nun Reinhardt vorlesen. Damals trug der Dichter in einem engeren Kreise zum ersten Male das Stück vor. Es hatte zwei Teile fertig, wies aber auf eine vorgebrachte Abregung darauf hin, daß irgend eine dynastische Glorifizierung nicht in seinem Abschluß liege. Das Werk ist dann von den höchsten maßgebenden Persönlichkeiten gelesen worden und auch der Chef des Zivilkabinets des Kaisers, von Valentini, (der es lesen mußte, weil Friedrich der Große darin vorkam), nahm daran keinen Anteil. Der Umstimmung hat sich erst in den letzten Wochen bemerkbar gemacht."

Nach dieser Darstellung der Vorgeschichte des Festspiels ist seine jetzige Unterdrückung um so ungewöhnlicher; die hohen und höchsten Personen Personen haben den Inhalt des Stücks vorher gesehen und auf einmal Schluß der Vorstellung. Das verstehe, wer da will!

Die "Breslauer Zeitung" schreibt am Mittwoch u. a.:

"Die Nachricht, daß den Aufführungen des Jahrhundertfestspiels von Gerhart Hauptmann ein frühzeitiges Ende befreit worden ist, hat in der ganzen Bürgerschaft eine ungeheure Erregung hervorgerufen. In allen den Kreisen, die es ernst und ehrlich mit der Pflege von Kunst und Kultur meinen, überwog ein starkes Gefühl der Enttäuschung. Oder vielleicht war noch stärker ein tiefer Gefühl der Beschämung. Ja, wir haben es wirklich herzlich weit gebracht!"

Das liberale Blatt wundert sich darüber, daß der Magistrat keine Gründe angegeben hat und meint, wenn ein Druck von sehr hoher Stelle ausgeübt worden ist, so sei es nicht zu verstehen, weshalb der Magistrat die Gründe da nicht offen gebe, " denn er muß sich sagen, daß man schließlich in allen Kreisen der Bevölkerung Verständnis dafür haben muß, daß er sich in einer Zwangslage befunden hat, bei der es im Interesse der Stadt keine andere Möglichkeit gegeben hat, als sich dem Wunsche zu fügen."

Auso der Magistrat mußte sich fügen. Das ist die Ansicht der "Breslauer Zeitung" und sie versucht, den Magistrat mit folgenden Ausführungen herauszuholen:

"Man bedenke nur, welche Perspektiven sich im Falle einer Regierung eröffnen könnten. Nicht nur eine Niederlegung des Protektorats durch den Kronprinzen, sondern auch die Zurückziehung aller der gegenwärtigen, die auf unserer Ausstellung aus möglichem oder staatl. in Breslau stattfinden, eine Zustimmung, der sich dann vornehmlich auch die anderen Fürsten und Magnaten, sowie die übrigen Staaten angeboten hätten. Ich war also tatsächlich, wollte man nicht unsere ganze Jahrhundertfeier gefährden, ein anderer Zugang untraglich. Daß man einmal einen Protestor für die Ausstellung erwählt, so war es ausgeschlossen, die Ausführungen dieses Protestors, möchte man sie auch nicht leiden, mit Mischnutzung zu befürchten."

Das wäre allerdings schrecklich gewesen, wenn die historische Ausstellung ein paar alte Denk- und Schatztruhen weniger gezeigt hätte. Die Saatgut-Zustellung im ganzen wurde dadurch nicht ins geringliche bestraflicht worden sein. Jedenfalls könnte man es einmal darauf kommen lassen. Die Stadt bezog sich doch nicht wie ein Schuljunge schämen lassen. Sehr breslauisch bemerkte die rechte liberale "Bessische Zeitung":

"Wie immer die offizielle Begehrung des Schriftenstaates mög, zu dem der Breslauer Magistrat sich befreien ließ, was für den persönlichen Einstand des befreiten Befehlshabers nicht vernünftig. Die Kunstdrage ist selbstverständlich abgeschlossen. In Breslauer Bürgerlichkeit keiner Bedrohung gegenüber zu stellen freuden, sondern darum was verpflichtet, auf ihrer Leistung zu bestehen und jede Hoffnung, es sich selbst zu erneut zu über, man selbst, der Bürger der Bürgerschaft und auch dem Bürger selbst, den sie das Wort gesetzt, und dessen Worte sie zu ihrem eigenen geschaut hat. Was der Magistrat durch einen außergewöhnlichen Weitblick, jetzt verneinen will, das hat er erst noch herbeigeführt, nämlich den Befehl, der in eine Art zu gehörige nationale Vereinigung erfordert, eine Differenz, die nicht bestehen zu müssen scheint, was mehr zu zweiten über große Hoffnung."

Ahnlich äußert sich der "Breslauer Sonntagszeitung":

"Es ist nicht schwer, bei Beobachten des Rates, das sich allerdings mit der bestreite gründete, mit bisher überzeugender Erfahrung des Kronprinzen in Zusammenhang zu bringen.

und die eine als das Resultat des anderen zu erklären. Weit schroffer zu erklären jedoch ist die Haltung des Breslauer Magistrats, der so schnell und platt die Segel strich und den Dichter, den er gerufen hatte, einfach preisgab. Mit anderen Worten: er fürchtete die Konsequenzen, die die Niederlegung des Protektorats durch den Kronprinzen hätte zeitigen können. Aber was waren das für Konsequenzen gewesen? Ist es um die Jahrhundertausstellung so schwach bestellt, daß sie zurück gehen muß, wenn der Kronprinz nicht den Schluß seines Stamms darüber hält? Dann wäre es besser gewesen, man hätte sie nie eröffnet in einer Stadt, die sich erhält, einer der Ausgangspunkte, eins der Zentren der gewaltigen Volksbewegung von 1813 gewesen zu sein.

Eben die Volksbewegung ist es ja, die Hauptmanns Jahrhundertfestspiel verhindert. Es zeigt den Willen und die Macht des Volkes, und darum ist es aus dem Geiste der Geschichte geboren — seine Kompromißbildung soll Durchsetzungsmittel sein, sondern ein Spiegel der gewaltigen Rottsehreibung, die gezeigt ist, die Arm und Reich, Hoch und Gering ergreift und auch die Flüster, auch Friedrich Wilhelm III., mitsamt. Wenn der Magistrat von Breslau solche Dichtung verleugnet, so heißt das ein Verleugnen der Traditionen, die bislang immer Breslaus Mehmittel gewesen ist; so bedeutet das eine Ablehnung jener Überlieferung, die Pflichten aufzeigt. Um so unbegreiflicher wird das Urteil, in welchen vor der kategorischen Erklärung des Kronprinzen, als konträr im ganzen nur noch vier Vorstellungen des Jahrhundertfestspiels stattzufinden haben."

Hauptmann über das Festspiel-Verbot.

Gerhart Hauptmann hat, wie es heißt, einem Mitgliede der Ausstellungssleitung gegenüber erklärt, daß er die "Gründe", die den Magistrat zum Abbruch der Aufführungen seines Festspiels veranlaßt haben, billige.

Es wäre zu verstehen, daß der Dichter nach allen Entschuldigungen der Ausstellungssleitung irgend welche Worte findet, die als ein "Villigen" der Gründe des Verbots ausgelegt werden können. Doch damit ist der Magistrat keineswegs gerechtfertigt und die Schmach der Unterdrückung des Festspiels bleibt bestehen. Im Überspruch mit den Worten von dem "Villigen" der "Gründe" steht aber die folgende Anerkennung von Hauptmann der "Voss. Ztg." gegenüber:

"Die Festspielaffäre ist nun mehr in ein Stadium getreten, daß mir nichts anderes mehr übrig bleibt, als in der Offenlichkeit Stellung zu ihr zu nehmen. Ich weiß, ich bin dabei, mich schlüssig zu machen. Vielleicht werde ich die Festspielaffäre dadurch zum Abschluß bringen, daß ich in Berlin einen Vortrag halten werde. Die ganze Anlehnung, das ganze Gewebe von Angriffen und Intrigen, das lediglich einen parteipolitischen Charakter trägt, hat seinen Ursprung in Berlin. Dadurch, daß in der Schlesischen Zeitung Artikel zweier Berliner Zeitungen veröffentlicht worden sind, ist die Angelegenheit ins Rollen gekommen, und alle Beweisungen einfließender Männer, unter denen sich Angehörige des Hochadels und staatsmännische hohe Beamte befinden, die Katastrophe zu verhindern, sind fruchtlos geblieben."

Wichtig in diesem Zusammenhange ist dann folgender Schriftwechsel zwischen Hauptmann und der Breslauer Dichterschule vor der letzten Aufführung. Die Breslauer Dichterschule richtete folgendes Schreiben an Gerhart Hauptmann:

Mit lebhaftem Bedauern haben wir wahrgenommen welche Art von Ungeissen Ihre für die Jahrhundertfeier unserer Stadt verfaßte Dichtung erfaßten müßt.

Es liegt uns völlig fern, das Recht der freien Kritik zu schränken zu wollen, solange sie ihren rein literarischen Charakter wahrt. Wer gegen die Methode, wie hier ein Künstler vielfach aus den parteipolitischen Gesichtspunkten bewerte wird, müssen wir uns so entschieden wenden, als wir den stark nationalen Zug Ihres Werkes würdigen und empfinden.

Wir ergreifen gern die Gelegenheit, Sie auf neue unserer besonderen Verpflichtung zu versichern.

Der Vorstand des Vereins Breslauer Dichterschule.

(Unterschriften.)

Hierauf ist am Mittwoch nachstehende Antwort des in Agnetendorf weilenden Dichters eingegangen:

Mit aufrichtigem herzlichen Dank für Ihre wärmste kollegiale Kundgebung begrüße ich Sie aufs wärmste. Ich hoffe, es wird den Fängen der Parteipolitik doch nicht gelingen, in treuer Erinnerung Ihre

Gerhart Hauptmann.

Zwischen ist das Festspiel doch abgesetzt worden; die Hege der Frommen und Patrioten war von Erfolg gewesen und Hauptmann ist den "Fängen" der Parteipolitik unterlegen.

Die Presse der Reaktion und der Regierung freut sich natürlich kindisch darüber, daß es gelungen ist, das Werk eines großen Dichters aus der Jahrhunderthalle hinauszuwerfen. Die "Schles. Ztg.", die "Schles. Volkszg.", die "Preußenzeitung", die "Lüdz. Rundschau", die "Deutsche Zeitung" und alles, was zum schwarz-blauen Blod der Unterdrücker gehört, ist einig darin, mit dem Verbot des Festspiels in eine große Tat vollbracht worden. In dieser sogenannten Blättergesellschaft darf die "Norddeutsche Zeitung", das Regierungsbüro, selbstverständlich nicht fehlen.

Der Skandal von Breslau.

So überreicht mit Recht die "Berliner Volkszeitung" ihren Festspiel-Artikel, der u. a. aussagt:

"Ob sich die Stadt Breslau vor dem In- und Auslande blamiert, wenn die Breslauer und schlesischen Kaufleute, derart die vereinigten schlesischen Dörfer nicht, ganz im Gegenteil, für gönner der Freiheit, der "roten" Stadt Breslau mit der ganzen Schrift ihrer christlichen Nachgefechte die Blame, bis der schlesische Provinzialhauptstadt von den für die Verhinderung des Festspiels verantwortlichen Stellen jetzt eingedeckt werden?"

Man hätte der Stadt Breslau ein besseres Schicksal gewünscht, als daß sie das Kind der Jahrhundertfeier mit ihrer Kleiderumlage durch aller Leute Mund gezeigt wird!

Und zum Schlus sei hent die Stimme des Zentralorgan der rechten Partei, des "Botmärts" wieder gegeben; er schreibt:

"Den Rechtern der vereinigten Regierung ist also gelungen, dem Festspielzusammenkunft Hoff und Füner im Bunde kommandieren die Sünde. Wie kann es in Preußen anders sein! Der Bürger, der den Stuhl gehabt hat, Hauptmann zum Gesellischen zu bestimmen, darf nicht die Krone, sein und ihr Sessel vor der anderen zu bestimmen. Die Eltern von Ihnen und mir sind nie stumpf gewesen, wenn es um das handelte. Sie hätten es auch festgestellt, im Namen des Friedens, die weitesten Zusammensetzung zu richten. Gedankt habe ich darüber nicht, was man in zweiter Linie große nationale Interessen unterstellt, nämlich im bestreben,

ort" halte zudem bereits angekündigt, daß die Generalversammlung seines Verbandes in Breslau nur stattfinden könne, wenn die "patriotische Herzen verlegenden Festspiele" aufgehört hätten.

Es ist an dieser Stelle ohne Schonung gesagt worden, worum und das Hauptmann-Festspiel künstlerisch und historisch verfehlt erscheint. Aber diese künstlerischen und historischen Bedenken sind es natürlich nicht, die den "Patrioten" zu schaffen bemühten. Es ist nichts Unterstellen und Klagen politisch, die sie treiben, wenn sie das Festspiel unterdrücken. Hauptmann hatte es verschmäht, die üblichen historischen Legenden und die alten Lügen aufs neue zu erneuern. Er hat die Sache mit den Augen eines bürgerlichen Aufgablers angesehen gelassen und ist nach unserer Auffassung höchstens als Wege stecken geblieben. Aber schon das bürgerliche bürgerliche Freiheitsdenken, auf die sein Werk gestützt war, ist den Anhängern des patriotischen Festspiels zu viel.

Sie wollen nichts von Volk und Freiheit wissen, sie sehen in dem Befreiungskrieg, der das Volk 1813 begann, keinen Anfang, sondern ein Ende. Die Festspiele nach dem Befreiungskrieg, die den König rief und dann seine Krone für Thron und Altar! Napoleon wäre als Gottesschlange zu behandeln, der mit Gottes Hilfe der Kopf geschmolzen wurde. Die unvergängliche Ewigkeit in der tatsächlichen Entwicklung der Dinge lag, sondern die Tendenz ihrer Machtkräfte. Sie klammern sich einen Dreieck um die Kunst, wenn diese ihre Kreise nicht läuft, aber sie jagen sie zum Tempel hinaus, wenn die Kunst ihren Zwecken nicht dienen kann und mag.

So ist diese Festspielausstellung die beste Illustration zu der Serie Freiheit, die uns 100 Jahre nach dem Befreiungskriege blüht."

In der Volksversammlung am Sonntag vormittag, für die Genosse Dr. Landsberg aus Magdeburg als Redner gewonnen ist, dürfte auch über die standesäugliche Unterdrückung des Hauptmannschen Festspiels das Mögliche in aller Deutlichkeit gesagt werden.

"Ein Jahr und einen Monat Gefängnis für einen Faustschlag. Das Kriegsgericht in Breslau hatte den Grenadier M. vom Regiment 11 wegen tödlichen Angriffs auf eine militärische Wache zu einem Jahre und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Er hat angelitten einem Korridorposten einen Schlag mit der geballten Faust ins Gesicht gegeben, weil der Posten zur Nacht laut Instruktion Mannschaften, die in die Retraite gehen wollten, zurückgewiesen hatte, da sie nicht vorschriftsmäßig angezogen waren. Die Verurteilung des M. verwarf jetzt das Oberkriegsgericht, weil ein Posten für einen Soldaten eine geheiligte Person sein müsse, rechnete aber zwei Monate Untersuchungshaft an. — Die Mindeststrafe für ein tödliches Vergehen einer militärischen Wache, die als Vorgesetzter gilt, ist bei Annahme eines minder schweren Falles ein Jahr, bei einem schweren Fall sind es drei Jahre.

"Neuer Schwund. In diesen Tagen erschien in der Wohnung eines hiesigen Arztes, der nicht zu Hause war, ein junger Mann, brachte eine Rolle Papier, die der Arzt nach seiner Angabe bestellt hatte und forderte dafür 1,20 Mk., die er auch bekam. Bei der Rückkehr des Arztes stellte es sich dann heraus, daß er das Papier nicht bestellt hatte und dieses auch nur einen Wert von etwa 20 Pf. hatte. Da zu vermuten ist, daß der Schwund seine Betrüger weiter zu treiben versuchen wird, sei vor ihm eindringlich gewarnt.

"Vergehen im Amte. Der Magistrats-Assistent Peter Schuppelius stand am Mittwoch wegen Vergehen im Amte vor der dritten Strafkammer. Der Angeklagte hatte Verträge zu verwalten, die von der Stadt mit Krankenhausärzten abgeschlossen wurden. Zur Anschaffung der Stempelmarken bekam er in der Rathaus-Inspektion Kreuz Geld in die Hand. Das wurde ihm zum Verhängnis. Da er stark in Schulden stand, verbrauchte er die Verträge für sich, löste von alten Verträgen die Stempelmarken ab und klebte diese auf die neuen Verträge. Die Altenstücke mit den alten Verträgen vernichtete er dann, um seine Unrechtsakte zu verdecken. Am ganzen hat er die Stadt um 21 Mk. geschädigt. Als seine Handlungen aufgedeckt wurden, entließ man ihn aus dem städtischen Dienst. Daraufhin wurde er wegen Amunisierung und Untertreibung angeklagt. Das Urteil lautete auf vier Monate Gefängnis und 60 Mark Geldstrafe; beantragt waren sechs Monate Gefängnis.

"Die Schäfe bei Henkel und Fuchs. Der bei Henkel und Fuchs beschäftigte Hausdiener Schmidt stahl nach und nach für mehrere hundert Mark Wäsche, Sportartikel, Teppiche usw., ohne daß jemand darauf aufmerksam wurde. Zum größten Teil hat Schmidt die Sachen „zu Gelde gemacht“ und er hatte gar bald über 1000 Mark „Ersparnisse“. Einem Haushälter fiel es auf, daß Schmidt immer häufig in sein Logis mitbrachte, was aus dem Geschäft herrschte. Eine Haussuchung, die von diesem Meister veranlaßt wurde, förderte vieles auf, was der ungetreue Angestellte seiner Logistin billig verkauft hatte. Auch an ein anderes Ehepaar hat Schmidt mancherlei von dem Diebesgut verkauft. Am Mittwoch mußte sich Schmidt vor der dritten Breslauer Strafkammer wegen fortgesetzten Diebstahls verantworten. Er wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt und sofort verhaftet. Die Logistin erhielt wegen Diebstahl zwei Wochen Gefängnis zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

"Eine Röhr. Ein Haushälter auf der Oelsnerstraße war vor einiger Zeit damit beschäftigt, mit Hilfe eines fingerdicken glühenden Drahtes ein Radachsenloch auszubrennen. Während dieser Arbeit auf dem Dose will er von einigen Jungen, die auf einer Mauer saßen, gestört werden. Um sie zu vertreiben, trat er mit dem glühenden Draht an die Mauer und schickte den kleinen Jungekindern damit an den Beinen herum. Der Schüler wurde schwer am Knöchel verletzt. Der verletzte Knöchel hatte große Schmerzen auszustehen; er konnte anfangs seinen Schuh anziehen und läuft auf das linke Bein. Die Staatsanwaltschaft erhob gegen den Haushälter Anklage wegen gefährlicher Körperverletzung. Er bekam noch einmal mildere Umsätze zugestellt und wurde mit 15 Mark bestraft; der Staatsanwalt bat das Doppelpel bestätigt.

"Von einer Krebskrankheit überfallen wurde am Montag auf der Schwibboger Chaussee, in der Nähe des Waldschlosses, ein 10 Jahre alter Knabe. Glücklicherweise erlitt der Junge nur leichte Verletzungen.

"Radachsenrost. Mittwoch abend fuhr ein Radfahrer vom Radplatz in großer Fahrt in die Fischergasse ein und stieß mit einem zweiflügeligen Radachsenring zusammen. Die Pferde hämmerten sich und gingen über Rad und Fahrer hinweg, ehe sie auf dem Rad standen. Zum Glück ist dem jungen Mann am Anfang nichts passiert; er stand auf, nahm sein nur wenig beschädigtes Rad auf die Schulter und ging seinen Weges. Wie leicht könnte aber das schnelle Radfahren ein großer Unglück entstehen.

"Kaufhausdiebstahl. Am Vergnügungspark ist am Montag einer Frau die goldene Schnur gestohlen worden. Die "Glocken". Da der Name zum Dienstag ist ein Tag in einer Wohnung auf der Friedensstraße eingedrungen und hat gestohlen. Eine Goldarmbandkette auf der Wittenstraße ist ebenfalls in der Nacht zum Dienstag gestohlen worden. Der Dieb hat darauf die dort zum Tedium aufgebrachte Wiedergabe.

Gewerkschaftsbewegung.

Weitere blutige Zusammenstöße zwischen streikenden Seidenfärbern und Polizei.

Die Kreisfelder Polizei prägt's greift über auf die übrigen Städte. Im Süddeutschen Streitgebiet sind jetzt die polizeilichen Maßnahmen ganz wesentlich verschärft worden. Die Gendarmeriepolen wurden verstärkt. Die Absicherung der Straßen wird außerordentlich streng durchgeführt, sowohl auf öffentlicher wie auf privater Seite. Auf den Wegen, wo die Arbeitswilligen passieren, darf überhaupt niemand gehen, der nicht genügend nachweisen kann, daß er dringende Geschäfte zu erledigen hat. Auf den übrigen Wegen befornen die Passanten schwere Bestrafung zum Weitergehen, die mindesten mit dem Gewehrholzen unterstrichen wird. Trotz allerdem verhält sich die Volksmenge ruhig.

Wie Schweizer Blätter melden, soll für Freitag Abend auf höchster Seite ein Aufgebot von zwei Kompanien Infanterie mit Maschinengewehren und für die östliche Seite eine Schwadron Dragoner zur Verstärkung der Postpolizei für die nächsten Tage in Aussicht genommen sein.

Noch toller geht es in der Schweiz zu. Die dortigen Vorgänge beweisen, daß die viel vepriesene Schweizer Freiheit sofort in sich zusammenfällt, wenn der Geldbeutel der Kapitäle durch streikende Proletarier in Gefahr gebracht wird. Dort hat die Polizei unter den Streikenden furchtbare Blutarbeit verrichtet. Am Freitag Abend wurden in Basel die Streikbrecher von berittenen Polizisten und von Polizisten zu Fuß begleitet und beschützt, aus den Fabriken ihren Wohnungen zugeschossen. Eine zahlreiche Menschenmenge hatte sich eingefunden, die den Zug mit Zahlen empfing. Statt mit der Streikbrecherkorps sich von der Volksmenge zu entfernen, ritt der Saateler Polizeiinspektor probostorisch mitten durch die Menschen hindurch. Die Volksmenge folgte jetzt dem Zuge der Streikbrecher. Da standen es einige Polizisten plötzlich für gut, die Volksmenge anzuhalten und zurückzudrängen, was nicht gelingen konnte, da ja die harten Nachdrängenden von den Vorgängen an der Spitze des Zuges keine Ahnung hatten. In der Aufführung zogen die Polizisten die Säbel und hielten wie wütende Kosaale auf die anwesenden Männer, Frauen und Kinder ein. Diejenigen Polizisten, die nicht blank zogen, schlugen mit den Fäusten um sich. Weitere Personen wurden aus misshandelt und verprüft. Ein Arbeiter erhielt zwei Schläge über den Kopf, blutüberströmmt mußte er in ärztliche Behandlung gebracht werden. Die Roheiten der Polizei wiederholten sich mehrmals. Einem Arbeiter wurde die rechte Hand gräßlich verletzt. Ein Kind, das für einen Augenblick den Hand des Vaters entzückt war, wurde von einem Polizisten mit einem Stoßtrieb in die Hüfte schwer verletzt. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen. — Die Mehrheit des Regierungsrats der Basler Regierung hat beschlossen, zwei Kompanien Infanterie in Bereitschaft zu stellen. Nur der Genossen Regierungsrat Blocher sowie ein bürgerliches Mitglied Regierungsrat Mangold haben gegen diese Maßnahmen gestimmt. Regierungsrat Wohlschläger ist in Krankheitsurlaub absehend. So werden in den nächsten Tagen deutsche Dragoner und Infanteristen und Basler Militärtruppen aufgestellt sein zum Zweck der Riedehaltung streikender Arbeiter.

Die Schweizer Zeitung der Arbeiterorganisationen erläutert die Arbeiterschaft nachstehende Aufforderung:

„An die Arbeiterschaft des Vorburgquartiers!

Werte Kollegen und Genossen! Freitag Abend sind im Vorburgquartier und gegen Kleinbürgern Ansammlungen und infolgedessen vereinzelte Zusammenstöße mit der Polizei vorgekommen. Wer die Verantwortlichkeit hierfür trägt, wird eine

unparteiische Untersuchung festzustellen haben. Hier sei aber eines festgestellt: die Streikenden tragen an diesen Vorwürfen keine Schuld. Im Gegenteil, sie haben das allerhöchste Interesse, daß der Streik in aller Ruhe vor sich gehen kann. Im Namen und Interesse der Streikenden ersuchen wir deshalb alle Parteigenossen, Arbeiter und die gesamte Bevölkerung des zunächst beteiligten Vorburgquartiers, jede Ansammlung im Streitgebiete zu vermeiden, alles zu unterlassen, was die öffentliche Ruhe und Ordnung gefährden könnte.

Läßt die Streikbrecherlosone ruhig ihres Weges ziehen. Berachtung ist das einzige, was sie verdienst.

Parteigenossen, Arbeiter! Es ist im Interesse einer siegbaren Beendigung des Streiks, was wir von Euch fordern.

Die Solidarität der Arbeiterklasse fordert heute diese Pflicht von Euch, erfüllt sie!

Parteikomitee der sozialdemokratischen Partei.

Sozialdemokratische Großratsaktion.

Ausschuß des Arbeiterbundes."

Wie wenig gerechtfertigt überhaupt das brutale Verhalten der Schweizer Polizei ist, ist aus nachstehendem ersichtlich: Am Mittwoch wurde folgende der Schweizer Streitleitung das Vor gehen der Polizeibehörde in Aussicht gestellt. Einige Mitglieder wurden vor die Behörde zitiert. Dort wurde ihnen eröffnet, daß 10 Fälle schwerer Mißhandlungen zu verzeichnen seien und die Polizei deshalb gezwungen werde, aus der bisher gewahnten Reserve herauszutreten. Da der Streikleitung von diesen sogenannten schweren Mißhandlungen nichts bekannt war, forderte sie nähere Aufschlüsse, und siehe da, es wurde ihnen bekannt gemacht, daß die entsprechende Mitteilung von den Unternehmen eingerichtet worden sei. Der schließlich hinzugezogene, mit der Unterstellung behaftete Oberleutnant mußte dann zugeben, daß die 10 Fälle sich sofort auf 4 reduziert haben, bei denen es sich in keinem einzigen Falle um einen tödlichen Angriff handelt.

Mittlerweise nimmt der Kampf einen größeren Umfang an. In Como in Italien wird jede Streikarbeit für die Schweiz und für Basel verweigert. Eine Versammlung von 1400 italienischen Seidenfärbern beschloß den Generalstreik, sobald Streikarbeit angeboten wird.

Zu Kreisfeld selbst ist es zu großen blutigen Schlägereien in den Fabrikbezirken gekommen. Die dort eingesetzten Sicherheitspolizisten begannen unter der Einwirkung des Alkohols sich in der Nacht vom 8. zum 9. Juni mit Fäusten und mit gefärbten Gegenständen zu bearbeiten. Schließlich schossen sie aus ihren Revolvern und bearbeiteten sich mit Messern. Eine Anzahl Arbeitswilliger wurde festgenommen.

Stadt und Provinz.

Zur Mahnwaltung der Kellner im Residenz-Cafe wird uns vom Verband der Gastwirtschaften mitgeteilt: Durch Eingriffen des bissigen Cafetierevereins, Vorsitzender Gilberger, Cafe Vier Jahreszeiten, die die freigewordenen Stellungen von Mitgliedern eines in Berlin von den Unternehmen unterstützten gelben Vereins bestellt worden. Über auch diese Unternehmensleidlinge sind mit den miserablen Verhältnissen unzufrieden.

Den Entlassenen ist angeboten worden, aus dem Verband auszutreten, dann könnten sie wieder in Breslau beschäftigt werden. Auf den Hinweis des Vertreters der Angestellten, daß die Gäste in den Cafés doch auch ein Interesse daran haben, wenn die seit Jahren beschäftigten Angestellten auf die Straße geworfen werden, erwiderete der Inhaber des Cafés "Vier Jahreszeiten", die Gäste geht das garnicht an.

Die Gemahrgeladenen haben sich an dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Residenz-Cafe-Gesellschaft mit dem Erfuchen um Vermittelung gewandt, sind aber abfällig beschieden worden.

Man ist das heiligste Gewerbe gegen das Einigungsbund angesehen worden. Wegen der durch den Cafetiereverein herausgegebenen Schriften ist es für die Entlassenen unmöglich, in Breslau Stellung zu bekommen und diese, größtenteils Familienväter, müssen versuchen, außerhalb Arbeit zu bekommen, nur weil sie nicht mehr in der Lage waren, die hohen Steuern zu zahlen und, um ehrliche Menschen bleiben zu können, einen sehr geringen Lohn verlangten.

Versammlungen und Vereine.

Donnerstag, den 19. Juni:
Ortskrankenkasse der Töpfer, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 7.
Volksversammlung, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.

Freitag, Gewerkschaftskontroll, Freitag, abends 8 Uhr bei Knoll.

Breslauer Schlachthofmarkt. Amlicher Bericht über den Hauptschlachthof am 16. Juni 1918. Der Aufschluß verfügt: 1000 Rinder, 117 Schweine, 1055 Zölber, 18 Schafe. Überstand vom vorher Markt waren: — Rinder, — Schweine,

Es wurden gezählt für so Kilogramm:

I. Rinder, A. Ochsen:	Gebund- Gewicht:	Schlach- Gewicht:
Boskettische, ausgemästete Ochsen höchst Schlachtwerts, die noch nicht gejogen haben (ungezogt).	48-50	84-88
ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren Jungs, keilförmige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Rinder, 18 Schafe.	41-43	76-80
ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren Jungs, keilförmige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Rinder, 18 Schafe.	33-35	65-70
ausgemästete, im Alter von 4 bis 7 Jahren Jungs, keilförmige, nicht ausgemästete, ältere ausgemästete Rinder, 18 Schafe.	38-40	68-76
II. Schafe:		
Boskettische, ausgewachsene höchst Schlachtwerts	47-49	81-83
Boskettische Junges	43-45	78-82
Mehr gebrachte Junges, aus genährt ältere	39-41	78-82
C. Schafe und Kühe:		
Boskettische, ausgemästete Rinder höchst Schlachtwerts	46-47	81-82
Boskettische, ausgemästete Kühe höchst Schlachtwerts	42-45	78-83
Kühe ausgemästete Kühe und Kalben	36-40	72-80
Kühe ausgemästete Kühe und Kalben	28-31	62-69
D. Gerbung genährt Junges (keinerlei Fleisch):		
III. Zölber:		
kleinsten Zölber aus Norddeutschland	—	—
mittlere Zölber und beste Saugkalber	57-59	98-102
geringere Zölber und Kalben	49-53	88-95
geringe Zölber und Kalben	43-45	80-92
IV. Schweine:		
Wollfleische und längere Wollfleische	49-50	98-100
Wollfleische, gerinnige Wollfleische	41-43	89-93
Wollfleische, gerinnige Wollfleische und gute Saugkalber	28-31	50-62
Wollfleische über 160 Kilogr. (Kleinfleisch)	—	—
geringere Küne und Schafe	—	—
V. Schafe:		
geringere Küne und Schafe	52-53	65-66
ausgemästete Küne über 120 bis 150 Kilogr. (240 bis 300 Pfund Lebendgewicht)	50-53	65-69
ausgemästete Küne über 100 bis 120 Kilogr. (200 bis 240 Pfund Lebendgewicht)	50-52	65-68
ausgemästete Küne über 80 bis 100 Kilogr. (160 bis 200 Pfund Lebendgewicht)	48-50	62-65
ausgemästete Küne über 80 Kilogr. (160 Pfund)	46-48	60-62
Sauen und gebrüttete Küne	—	—
Brüttenschweine über 160 Kilogr. (8 Schafe) Lebendgewicht	—	—
Geschäftsjahrgang: Glatte		
Ausfuhr und Überseefahrt: 418 Rinder, 286 Schweine, 60 Zölber, 11 Schafe, nach Mittel- und Südwesteuropa: 1 Mink, — Schweine, 8 Schafe; nach Sachsen: 42 Rinder, 18 Schweine, 10 Schafe; nach Westdeutschland: 408 Rinder, 18 Zölber, 18 Schafe.		
Überstand verdient: 15 Schafe.		
Bon von den Schweinen wurden verkauft: 8 Stück zu 60, 2 zu 69, 4 zu 58, 7 zu 57, 21 zu 55, 103 zu 55, 229 zu 54, 433 zu 55, 612 zu 52, 525 zu 51, 312 zu 50, 67 zu 49, 69 zu 48, 7 zu 47, 29 zu 46, 8 zu 45, 10 zu 44, 2 zu 43, 4 zu 42, 2 zu 40, 1 zu 36 Stück.		

Es ist sehr einfach,

MAGGI-Suppen (Schutzmarke + „Kreuzflocken“) zu kochen, weil man nur noch Wasser dazu braucht. Die Kochdauer ist aber nicht bei allen 43 Sorten die gleiche. Auch sonst sind Kleinigkeiten bei der Zubereitung zu beachten. Deshalb kochte man Maggi's Suppen genau nach der jedem Wätschel beigegebenen Anweisung. Daraus schmecken sie aber auch ganz vorzüglich und gerade so gut wie hausgemachte Suppen.

Am 18. d. Mts. starb nach langem, schwerem Leiden mein innig geliebter, treusorgender Sohn, unser herzensguter Bruder, Schwager, Neffe und Onkel, der Lederzuschneider

Max Franz

im blühenden Alter von 31 Jahren 11 Monaten. Er folgte seinem vor 4 Monaten verstorbenen Vater in die Ewigkeit nach.

In tiefstem Schmerz

v. Theresia Franz geb. Gierdel im Namen der Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonnabend, den 21. Juni, nach 4 Uhr, vom Trauerhaus Siebenhünerstr. 69 nach Gräberherrn statt.

Am 18. d. Mts. verstarb die Frau unseres Verbandskollegen

Meta Schröter

im Alter von 26 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren wir

Die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Vereins (Vereinigung Breslau.)

Beerdigung: Sonnabend, nach 4½ Uhr, von der Leichenhalle in Osowice.

Johann Golz

im Alter von 25 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren wir

Die Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Bels.

Die Beerdigung findet Freitag, den 20. Juni, nachmittags 5½ Uhr, von der Friedhofshalle aus statt.

Hochfeiner Gabliau

20 Pf. im Anschnitt { per Pfd. 18 Pf. im ganzen Fleisch}

Soelzsch

18 Pf. im Anschnitt { per Pfd. 16 Pf. im ganzen Fleisch

Küstenhecht

im Anschnitt . . . Pf. 30 Pf. im Anschnitt . . . Pf. 28 Pf.

Steckfisch

im Anschnitt . . . Pf. 25 Pf. im Anschnitt . . . Pf. 22 Pf.

Herr Eichhorn

per Pfund 10 Pf. per Pfund 8 Pf.

Nordsee-Krabben:

1 Pf. Pfund 50, 2 Pf. Pfund 45

2 Pf. Pfund 45, 3 Pf. Pfund 40, 4 Pf. Pfund 35

5 Pf. Pfund 35, 6 Pf. Pfund 30, 7 Pf. Pfund 25

8 Pf. Pfund 25, 9 Pf. Pfund 20, 10 Pf. Pfund 15

12 Pf. Pfund 15, 15 Pf. Pfund 10

18 Pf. Pfund 10, 25 Pf. Pfund 7

30 Pf. Pfund 7, 45 Pf. Pfund 5

45 Pf. Pfund 5, 60 Pf. Pfund 3

75 Pf. Pfund 3, 100 Pf. Pfund 2

100 Pf. Pfund 2, 150 Pf. Pfund 1

150 Pf. Pfund 1, 200 Pf. Pfund 1

200 Pf. Pfund 1,

Deutscher Reichstag.

164. Sitzung. Mittwoch, den 18. Juni,
nachmittags 8 Uhr.
Am Ministerisch: Heeringen.

Zweite Beratung der Wehrvorlage.

Es wird zuerst über die zurückgestellten Anträge und Resolutionen über Verkürzung der Dienstzeit, Einjährigenfreiwillig, Burschenwesen usw., abgestimmt. Der sozialdemokratische Antrag Albrecht u. Gen. auf Einschränkung der allgemeinen einjährigen Dienstzeit wird gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, ebenso der Einheitsantrag auf Belebung des Einjährigenfreiwillig. Dagegen wird die fortschrittliche Resolution Albrecht und Genossen, die den Reichskanzler erachtet, eine Verkürzung der Dienstzeit nach Möglichkeit einzuführen zu lassen, angenommen. Dafür stimmen die Fortschritter, Sozialdemokraten, Polen, die Zentrumsbegründete Gründer und Müller-Gulda, sowie einige weitere Zentrumsbegründete. Ebenso wird eine weitere fortschrittliche Resolution auf Ausdehnung der Einjährigenfreiheit auf Kunstdienstwerker und ähnliche Berufe (sogenannter Künstlerparagraph) angenommen. Dagegen stimmen nur die Sozialdemokraten und die Konservativen.

Sodann wird eine Resolution der Budgetkommission auf Reform des Einjährigen-Freiwilligendienstes im Sinne einer Erweiterung und Erleichterung der Zulassung auf Grund der Nachausbildung gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

Der sozialdemokratische Antrag Albrecht und Genossen, das Burschenwesen zu befehligen, wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen, des Fortschritters Neumann-Höfer und des Abgeordneten Müller-Gulda abgelehnt. Einen Antrag Albrecht und Genossen, das Burschenwesen einzuschränken, namentlich seinem Offizier mehr als einem Burschen zu erlauben, wird mit den Stimmen der gesamten Linken und des Zentrums angenommen.

Nunmehr tritt das Haus in die Beratung des Antrages über das Gardekorps ein. Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen vor: Bestimmungen, durch die das Gardekorps und die sonstigen Elitesformationen sich von den übrigen Truppen unterscheiden, sind ungültig. Bestehende Bestimmungen dieser Art werden aufgehoben. Ferner eine Resolution Albrecht und Genossen: den Reichskanzler zu ersuchen, dahn zu wirken, daß keinerlei Privilegierung einzelner bestimmter Truppenteile nach Garnisonsort, Advancement u. s. w. stattfindet.

Abg. Dr. Lenzsch (Soz.)

begründet den Antrag Albrecht. Unsere Partei legt Wert darauf, daß hier ein Nutzen und nicht nur eine Resolution angenommen wird. Auch die bürgerlichen Parteien sollten sich das überlegen, nachdem der Reichskanzler sich erst vor wenigen Tagen in so schroffer Weise gegen jede Demokratierung und Reformierung des Heeres ausgesprochen hat. Ein Antrag ist notwendig, weil Resolutionen billig sind wie Brombeeren. Wenn der Korb voll ist, läßt die Regierung sie wegfahren. (Heiterkeit.) Vielleicht überlegt es sich der Geschäftsrat Kühn einmal, ob er diese Mätselur nicht günstig verkaufen kann. (Erneute Heiterkeit links.) Für die Existenz eines Gardekorps fehlt jede gesetzliche Grundlage. In der Kommission hat sich der Abg. Gründer die größte Mühe gegeben, nachzuweisen,

dah kein Gesetz besteht,

das die Existenz einer Garde verbietet. (Heiterkeit links.) Auf diese Weise kann man alles beweisen. Es bleibt dabei, daß das Bestehen von Elitesregimentern mit der Reichsverfassung in Widerspruch steht. Aber gerade wo Begriffe fehlen, da stellt ein Wort zu rechter Zeit sich ein. Was sage ich: ein Wort nicht, eine Unmasse von Wörtern, ein wahrer Blahregen von Wörtern, sogar der Abg. Grüberger. (Sturm. Heiterkeit links.) Auch er hat zu beweisen versucht, daß die Garde ein Recht auf Existenz hat. Man hätte erwarten sollen, daß die Militärverwaltung uns für unseren Antrag dankbar hätte sein müssen, denn der Kriegsminister hat in der Kommission erklärt, daß die Garde ungefähr erst 7 Tage später mobil gemacht werden kann, als die übrigen Truppen. (Hört, hört! links.) Das ist ja auch klar, denn die Garde setzt sich aus ganz Preußen einschließlich Silesia-Lichtenstein zusammen und die Berliner Bevölkerung, die doch am Ort wohnt, ist überhaupt nicht in ihr vertreten. Die Berliner Bevölkerung wird in die Grenzbezirke abgeschoben. Wenn die Dinge so liegen, wenn die Schlagfertigkeit des Heeres unter der Existenz der Garde leidet, so muß doppelt und dreifach unterstrichen werden, daß der Kriegsminister in der Kommission unseres Antrags nicht nur schrift abgelehnt, sondern erklärt hat: wenn dieser sozialdemokratische Antrag angenommen wird, dann fällt das

ganze Gesetz. (Sturmisches Hört, hört bei den Sozialdemokraten.) Abg. Ledebour: Das beweist, daß das ganze Gesetz überflüssig ist! — Sehr wahr bei den Soz. Monatelang hat sich die Regierung strapaziert, uns zu beweisen, daß die gewaltsame Verstärkung des Heeres im Interesse der Sicherheit des Reiches notwendig ist, daß vom Balkan her trübe Wölfe herüberziehen, daß die Serben und Griechen, die Montenegriner und Bulgaren drauf und dran sind, über das deutsche Reich herzufallen, daß von Russland auf der einen und von Frankreich auf der anderen Seite Gefahr droht, daß dort schon

die Messer geschliffen werden.

die uns an die Stelle gesetzt werden sollen, daß der Panjabismus eine Gefahr ist und nun erklärt in demselben Augenblick der Kriegsminister: wenn Ihr mir die Garde streicht, dann ist das alles Muskatur, was ich Euch erzählt habe. (Sturm. Hört, hört bei den Soz.) Also erst die Garde, dann das Vaterland! Wenn wir Sozialdemokraten Ehrenzettel für Förderung unserer Bestrebungen zu vergießen hätten — ich würde sofort den Antrag stellen, daß der Große Kriegring eine goldene Ehrenzelle bekommen soll. (Große Heiterkeit.) Die Neuerungen des Kriegsministers beweisen jedenfalls, daß es mit der Aufrechterhaltung der Garde eine besondere Bedeutung haben muß. Da man die wahren Gründe aber nicht offen aussprechen kann, muß man irgend etwas vorstlegen und sich hinter juridische Wände versetzen. Als wir i. S. beantrachten, von den 12 Adjutanten des Kaisers 6 als fürstlich zu streichen, da erklärte das Zentrum und der Kriegsminister, er pflichtete ihm glückstreitend bei, daß dürfe man nicht, das wäre ein Eingriff in die Kommandogewalt. Ebenso war es immer noch, wenn wir die Militärfürst zu reformieren wollten usw. In diesem mythischen Bereich der Kommandogewalt, wie er sich hier in Deutschland ausgewachsen hat, haben wir die schwerste Wurzel unserer gelungenen politischen Rücksichtlosigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) In Deutschland werden die Soldaten nicht auf die Verhaftung vereidigt, sondern lediglich auf den Landesherrn, dem sie die Treue schwören müssen, und dadurch werden die Soldaten zu willigenen Instrumenten ihres speziellen Landesherrn. Die Kommandogewalt ist das Feigenblatt für den deutschen Absolutismus, der in der Friedenszeit, die für Deutschland bezeichnend ist, wurtelt. Nach ihrer geschichtlichen Entstehung ist die Garde nichts weiter und soll nichts weiter sein, als das

persönliche Werkzeug eines Autokraten,

sie stammt aus der Zeit des Serenissimus, des Kaisers, der Wachtparade und der Soldatenispiel, für deren Weiterleben die schreitenden Uniformen, die im Feuergefecht die besten Zielscheiben abgeben würden, und die ganze Gardebrimborium Beweise sind. Diese völlig unbrauchbaren Innenrotten Uniformen der Leibgardehusaren, „Affenjaden“ vom Volke genannt usw. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) tun übrigens dar, daß die Garde zu allem möglichen anderen aussersehen ist, als zur Verwendung im Krieg. Es fehlt auch nicht an Erinnerungen an die Sopfzeit und an die Wachtparade. Der Schellenbaumträger des 1. Garde-Regiments ist ein Schwarzer, nicht etwa ein Zentrumsmann (Südmärkte Heiterkeit), sondern ein richtiggehender Negro aus Kamerun — ganz wie im 18. Jahrhundert zu Serenissimi Zeiten. Bei den Übungsübungen kommen die meisten Soldaten jedoch in der einen oder anderen Art vor, die schärfste gegen einen derartigen hoffischen Missbrauch der Dienstzeit der Soldaten. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.) In den letzten Wochen ging in Berlin ein höfliches Familienfest vor sich. Da mußten die Gardeolden auf der Straße stundenlang immerfort präsentieren. (Zuruf rechts: Ja, warum denn nicht? Wenn das zur Sicherung der Wehrhaftigkeit des deutschen Volkes nötig ist, dann beweist das, daß die zweijährige Dienstzeit noch viel zu lang ist.) (Lebhafte Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Soldaten mußten präsentieren vor dem Zaren und seiner Kumpel. (Wutrus und erregtes Schreien rechts. — Gegenrufe b. d. Soz.: Ruhe da drüben!) Präsident Dr. Röhm rief den Redner wegen Bekleidung fremder Souveräne zur Ordnung. — Beifall rechts. Widerspruch b. d. Soz.) Nach meinem Empfinden habe ich den Zaren nicht beleidigt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Der Präsident bittet, sich selber Anordnung zu führen. Beifall rechts. Widerspruch b. d. Soz. Abg. Ledebour: Wird man die russischen Spitzhaben nicht Kumpeln nennen dürfen. Präsident Röhm: Ich bitte keine Unterbrechungen. Große Heiterkeit b. d. Soz.) Man darf diese Zustände im Reichstag also nicht einmal so kritisieren, wie in jeder Volksversammlung. (Sturm. Lust. b. d. Soz. Lachen rechts.) Nach dem Kriegsminister hat die Garde eine tiefe monarchische Bedeutung. Nun, Ihre Standorte Berlin und Potsdam senden Sozialdemokraten in den Reichstag und noch dazu was für welche! (Gr. Heiterkeit.) Wenn z. B. die Wohlknechts und Ledebours die Früchte der monarchischen Garde

erziehen sind, dann tut mir die ganze Garde leid. (Schall. Hört.) Die zu in welche Haltung der Garde in ihren Schlachten soll die Notwendigkeit von Elitestruppen beweisen. 1813 hat die Garde nur an der Schlacht von Großgörschen teilgenommen, 1814 war sie gut, in Paris mit einzuziehen. Sie hatte auch die besten Quartiere bekommen und sah am propositen aus von der ganzen Armee. Diejenigen preußischen Divisionen aber, die alle die großen Schlachten geschlagen halten und dem König Friedrich Wilhelm III. die Krone von dem Komposthaufen wieder emporgehoben hatten, auf den Napoleon sie hingestellt hatte, wurden von dem vor Paris an ihnen vorbeireitenden König als „schmutzig“ Venie, die schlecht aussehen“ bezeichnet und mußten vor Paris draußen bleiben.

Das war der Fall,

die lackierten Gardegruppen aber durften nach Paris hineinmarschieren. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ich bin der lezte, der die Leistungen des Gardekorps bei Saint Privat herausheben wollte, aber wenn man die Dinge etwa so darstellen will, als ob der Gardecharakter die Seele des Kampfes gewesen wäre, so verweise ich darauf, daß der gewiß inverstandige Friede Engels geschrieben hat, daß die Garde hätte ihre Kompanienform im Feuergefecht infolge der sündbaren Verluste sofort aufgegeben und in den von oben getadelten Schützenkämpfern müssen. Die Soldaten seien wieder einmal fürsäumig gewesen wie die Offiziere — das heißt die Offiziere waren wieder einmal dümmer wie der Mann! (Große Heiterkeit links.) Die Liberalen haben früher immer über die feudale Exklusivität der Gardeoffizierscorps geplagt; unser Antrag beschäftigt sich mit der Garde als ganzes. Erreich haben die Freiheitskämpfer mit ihren Klagen garnichts, die Exklusivität der Gardeoffizierscorps ist immer strenger durchgesetzt worden. Herr v. Einem gestand die Dinge wenigstens zu, Herr v. Heeringen aber leugnet sie. Es ist unglaublich, was wir in der Kommission an Ablehnungen von Dingen erlebt haben, die man nicht weglassen kann, es sei denn, daß man Kriegsminister ist. (Der Präsident rief den Redner unter lebhaftem Widerspruch der Sozialdemokraten zur Ordnung. — Beifall rechts.) Es ist ja historisch begründet, daß sich aus und über der Creme eine Neuheidt bildet, wenn die Regimenter in entlegene Garnisonen verteilt werden, verlieren sie die adeligen Offiziere wie Sprau im Wind. Die Avancementsverhältnisse in der Garde sind bei weitem günstiger, wie in anderen Truppenteilen. Ein wegen Soldatenmisshandlung verurteilter und bald darauf nach Breslau versetzter Gardehauptmann n. Wohlmann wurde unter Lebhaftem Widerspruch zahlreicher Bordenmänner zum Major befördert. (Hört, hört! b. d. Soz.) Ein Hauptmann, der zu meiner Zeit auf dem klassisch-traditionellen Höhepunkt der Soldatenmanövreden im Potsdamer Lustgarten mit flacher Klinge auf die Mannschaften einschlägt, und der einem Mann

den Degen in den Leib sticht

— nachher sollte der Mann frei nach Münchhausen selbst hineingeraunt sein — ist im Laufe der Zeit bis zum General aufgestiegen und gehört heute zu den einflussreichsten Personen der Armee (Bewegung und hört, hört!) Der wahre Zweck der Garde ist die Nieverbaltung des Volkes. Das beweist auch die bekannte Sedanrede Kaiser Wilhelms II. vom Jahre 1893. Der Kaiser appelliert in jener Rede gegen die „hochverrätische Schar und Rote“, nicht an die Feuerwehr, sondern an die Garde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Wir werden natürlich nicht den Herzesswunsch der Bismarck und Dorrel (Heiterkeit) erfüllen und uns zur Zielscheibe der Gardegemeinde machen. Die Garde ist nicht in der Verfassung begründet sondern ein Hohn auf die Verfassung und eine ständige Gefahr für die Verfassung. Daher helfen hier nicht sonnenblume Wünsche und allgemein gehaltene Resolutionen. Hier sind schärfste und bestimme Maßnahmen am Platze, und daher bitten wir um Annahme unseres Antrages. Der Tag wird kommen, an welchem auch die Gardemannschaften auf die Aufrüttung, an Vater und Mutter schließen wir nicht. Dann ist Ihre (nach rechts) Zeit vorüber und unsere Zeit bricht an. (Lebhafte Beifall bei den Soz. Gisches rechts, erneuter Beifall bei den Soz.) Wir werden natürlich nicht den Herzesswunsch der Bismarck und Dorrel (Heiterkeit) erfüllen und uns zur Zielscheibe der Gardegemeinde machen. Die Garde ist nicht in der Verfassung begründet sondern ein Hohn auf die Verfassung und eine ständige Gefahr für die Verfassung. Daher helfen hier nicht sonnenblume Wünsche und allgemein gehaltene Resolutionen. Hier sind schärfste und bestimme Maßnahmen am Platze, und daher bitten wir um Annahme unseres Antrages. Der Tag wird kommen, an welchem auch die Gardemannschaften auf die Aufrüttung, an Vater und Mutter schließen wir nicht. Dann ist Ihre (nach rechts) Zeit vorüber und unsere Zeit bricht an. (Lebhafte Beifall bei den Soz. Gisches rechts, erneuter Beifall bei den Soz.)

Kriegsminister b. Heeringen: Ich bitte, alle Anträge abzulehnen, besonders den der Sozialdemokraten, die alles verrückt machen wollen (Sehr wahr! rechts), wie es jetzt mit Heer und Volk, der darf Regimenter nicht von ihrem natürlichen Mutterboden losreissen und Wanderteppen schaffen wollen (Heiterkeit links, Brav! rechts). Die Kommandogewalt des Kaisers beruht auf der Reichsverfassung. Die verbündeten Regierungen rütteln auch nicht an Nächten, die auf der Reichsverfassung beruhen, und so ersuche ich denn, daß Mitteln an der Kommandogewalt des Kaisers unterlassen zu wollen (Brav! rechts). Die Potsdamer Wachtparade, von der Abg. Lenzsch

Kunst und Wissenschaft.

Die Erfolge der Arbeiter-Studenten. Die Prüfungsergebnisse der Universität Oxford in Staatswissenschaft und Politikwissenschaft geben, wie der „Daily Citizen“ schreibt, einen schlagenden Beweis vor der Fähigkeit der Arbeiterklasse, Männer hervorzubringen, die trotz der Ungunst ihrer früheren Verhältnisse mit Erfolg den Wettbewerb mit Leuten aufnehmen, die sich besserer Bedingungen zu erfreuen hatten. In den letzten drei Jahren sind 28 Männer aus Ruskin-College, der an die Universität angegliederten Arbeiterakademie, geprüft worden. Darunter bestanden 26, davon 16 mit Auszeichnung; ein sehr großer Prozentsatz, denn in den drei Jahren wurden im ganzen nur 81 Auszeichnungen vergeben. In diesem Jahre waren von 26, die bestanden, 13, die heißt alle, die sich daran beteiligten, aus dem College. Von 19 Auszeichnungen entfielen auf sie 6. Von den 7 ausgezeichneten akademischen Studenten waren 5 Graduierte (die schon eine Prüfung hinter sich haben). Der Erfolg ist umso größer, wenn man bedenkt, daß die Ruskin-Männer vor ihrem Zugang zur Universität Arbeiter in Fabriken und Bergwerken gewesen sind, die ihre ganze Freizeit gewerbsmäßigen, zensensorischen und ähnlichen Aufgaben zuwidern hatten. Von den 18 Geprüften waren 8 Mitglieder, davon 6 Funktionäre der Unabhängigen Arbeiterpartei, einer Sekretär der Katholisch-fosilien Gilde. Prüfungsgegenstände waren drei vorgegebene: Theorie der Wollsmarkt, praktische Nationalökonomie und Staatswissenschaft, Wirtschafts- und Verfassungs-Geschichte. Dazu kamen zwei Gebiete eigener Wahl. 7 wählten Geschichte, Theorie und Praxis des Sozialstaatswesens. Andere Stoffe waren: Sozialismus, politische Theorien des neunzehnten Jahrhunderts, parlamentarische Regierung, West- und Welttheorie.

Aus aller Welt.

Nicht Arbeiter verteidigt.

In der Stadt von St. Petersburg (Russland) werden augenblicklich größere Schädeldecken vorgenommen. Diese Tag nicht entstand in einer der St. Petersburger Polizeistationen, einer südwestlichen Gasse, die dem Namen der Straße zieren, während die übrigen drei in dem kleinen Gebiet der Städte verbleiben. Die Polizei nahm die Polizei und von Frankreich auf der anderen Seite Gesetze droht, daß dort schon

Verhaftung des Drabkoffattentäters im Grunewald. Auf Veranlassung der Berliner Staatsanwaltschaft wurde am Mittwoch nachmittag der in Schöneberg wohnhafte Schlosser Otto Schulte verhaftet, der in dem dringenden Verdacht steht, das Drabkoffattentat im Grunewald in der Nacht vom 9. zum 10. d. Rts. verübt zu haben.

Große Hölle und Gehirnschädel in England. Die Hölle erreichte am Dienstag in London über 30 Grad Celsius im Schatten. In allen Stadtteilen erkrankten zahlreiche Personen infolge der ungewöhnlich hohen Temperatur, und die Ambulanzen hatten einen geschäftigen Tag. Abends bildeten sich Gewitter, die in der Umgebung von London viele Schaden anrichteten. Sieben Personen wurden vom Blitz erschlagen. Weitere werden aus anderen Städten & Todesfälle gemeldet.

Auf hoher See verschollen. Am 7. Mai unternahmen drei Studenten der Medizin von Kiel aus eine große Segeltour, von der sie noch nicht zurückgekehrt sind. Am Dienstag ist ein Segler aus Königsberg mit dem Boot der drei Studenten im Schleppau in Kiel eingetroffen. Der Segler hatte das Boot auf See treibend gefunden. Der Segler befand sich das Tagebuch, das bis zum 10. Mai reicht und schwere Stürme verzeichnet. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß die drei jungen Leute im Sturm umgekommen sind.

Große Verzweigen des Giselaus. Die Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. beginnt weitere Untersuchungen über die Verbrechen des des Giselaus dringend verdächtigen Karl Döpf einzuleiten. Sie hat jetzt auch die Ausgrabung seines Vaters angeordnet. Es besteht der Verdacht, daß Döpf auch seinen Vater, der ein Alter von 72 Jahren erreichte, durch Giselaus Leben getötet hat. Der Vater Döpf starb im Jahre 1899 nach nur zweitätigem Krankheit, die sich durch Erbrechen äußerte.

Ein Rennläufer als Lebendstatter. Eine andere Lotterie am Dienstag der neuzeitliche Schriftsteller Gustav Strasser aus einer Südtiroler Gasse, ein ehemaliges Mädel, das zu nahe an die Befreiung mochte und ins Wasser stürzte. Der kleine Gustav sprang dem Mädel zu Hilfe und half, als die schwimmende Person ins Wasser trat, ihm über Wasser zu bringen und hielt sie mit letzterem Angst und Angst über Wasser.

In der Grube eingeschlossen. Auf der 400 Meterstufe des Schachtes I der Zeche Friedrich-Heinrich in Lintorf bei Düsseldorf wurden am Mittwoch vormittag durch Zubruch gehen der Strecke 14 Männer eingeschlossen. Alle Leben und können sich mit den Rettungsmannschaften verständigen. Man hofft, sämtliche 14 Männer im Laufe des heutigen Tages unverletzt zu Tage bringen zu können.

Dichter-Schicksal. Am Sonntag zog man die Leiche eines Getrunkenen aus der Marne. In den Tauchern fand man dreißig Gentlemen und ein Militärbüchlein, das auf den Namen Leon Deubel, geboren 1870 in Belfort, lautete. Die Polizei dachte weiter nichts bei dem Namen und brachte die Leiche gewohntestmöglich in die Morgue. Dort haben seine Freunde darin den Dichter Leon Deubel erkannt, und Fernand Gregor zog ihn im Tod nicht zu ihm gelassen war, sondern den Tod vorzog. Deubel war ein bedeutendes Talent. Die Grautoffis haben in ihrer Sammlung jungfranzösischer Lyrik einige seiner Gedichte ins Deutsche überlegt. Er war mehr Künstler der Form als Schöpfer der inneren Bewegung. Seine Sonette haben etwas von Mallarmés Kühle, sind aber reich und farbig nuanciert. Er veröffentlichte die Lieder „La chanson balbutiante“ (1895), „Chant des routes et des débouts“ (1905), „Poésies“ (1906) und „Ailleurs“ (1911). Das tragische Ende ist nur der Abschluß eines traurigen Lebens, dessen unselige Stimmung in den Gedichten deutlich genug Ausdruck gefunden hat. Die Dichtung ist den Dichter aus der festen Laufbahn, in die er als Rektor in einem Gymnasium eingetreten war. Es zog ihn nach Paris, in den Kreis der Lyriker, die in den Cafés des Quartier Latin die Literatur machen. Morcas und Gustav Dorfschmid Deubel sehr hoch. Aber die Boheme, die ihn künstlerisch förderte, brachte keinen Lebensunterhalt. Von einer Setzstelle wanderte er zu anderen, zu Holz, um sich Unterstützung zu erheben, die ihm von den reicherem Kollegen mit Freude gegenwohren waren.

kleine Notizen.

— Ein Rechtshaus in Berlin ist in Potsdam entdeckt worden. Ein Telegrafenmeister, der Direktor des Postamtes, wurde in den Sitzen der Poststelle in der Nähe des Postamtes entdeckt. Die Poststelle ist ein kleineres Postamt, das in einem kleinen Postamt untergebracht ist. Der Telegrafenmeister, der Direktor des Postamtes, wurde in den Sitzen der Poststelle entdeckt. Die Poststelle ist ein kleineres Postamt, das in einem kleinen Postamt untergebracht ist. Der Telegrafenmeister, der Direktor des Postamtes, wurde in den Sitzen der Poststelle entdeckt. Die Poststelle ist ein kleineres Postamt, das in einem kleinen Postamt untergebracht ist. Der Telegrafenmeister, der Direktor des Postamtes, wurde in den Sitzen der Poststelle entdeckt. Die Poststelle ist ein kleineres Postamt, das in einem kleinen Postamt untergebracht ist. Der Telegrafenmeister, der Direktor des Postamtes, wurde in den Sitzen der Poststelle entdeckt. Die Poststelle ist ein kleineres Post

höhnisch sprach, ist ein hoher Ehrenstiel. Von 1814 bis 1870 hat in zahllosen Schlachten das Gardeskorps seine Tüchtigkeit und Tapferkeit bewiesen. Nun beim hochverdienten Gardeskorps geht eine Krise, wie sie hier geführt wird, wünschungslösbar vorüber. (Lebhafte Beifall rechts, Hilschen b. d. Soz., erneuter lebhafter Beifall rechts).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): Wir stellen Anträge, die wirtschaftliche Aussicht auf Erfolg haben, und keine Demonstration anträge nach dem Beschluss der Rössla-Zugemburg (Lachen b. d. Soz.). Wir lehnen in alle sozialdemokratischen Anträge ab, die nicht zur Sache gehören. Über die Gardeanträge gehören zur Friedenspräsenz, also zur Sache und wir stehen ihnen daher sympathisch gegenüber. Wir leugnen durchaus nicht die Verdienste der Garde, aber unbedingtlich ist, wie man die Eröffnung privilegierten Truppenstellen leugnen kann. Bei allen 8 Kavallerie-Regimentern gibt es einen einzigen bürgerlichen Garde-Offizier (Hörtl Hörl b. d. Uff.). Jetzt sind alle noch bürgerlichen Generäle gestellt worden. In den weitesten Kreisen des Volkes wird das als eine Provokation aufgefasst (Unruhe rechts), namentlich wenn damit das

Verhalten gegen Gerhart Hauptmann verglichen wird. Wir wollen die Garde nicht abschaffen, aber ihre Auswirkungen. Die Garde, wie sie ist, ist ein Fremdkörper in unserem Volksheer. (Widerdruck rechts). Die Befreiung des Kriegsministers, der das Gardeprivileg aus dem Reichsministeramt ableiten wollte, ist gänzlich verfehlt. (Beifall b. d. Vpt.). Die Armee ist eine staatliche Einrichtung, in der sich der Fortschritt durchsetzen muss. (Beifall b. d. Vpt.)

Abg. v. Gräfe (kons.): Wenn im bürgerlichen Leben sich jemand die Zwangslage eines anderen zu nutze macht, um sich Vorteile zu verschaffen, so nennt man das Expressum. (Sehr richtig rechts, Zurufe links: Kein Kauh, keine Röhre!) Ich spreche nicht über die Flottenvorlage, sondern über die Wehrvorlage (Lachen links!). Aber die Regierung befindet sich in keiner Zwangslage, wenn sie nicht will. (Sehr gut! rechts.) Die Linke spricht von einer Bevorzugung des Adels auch in der Verwaltung. Dabei sind alle Staatssekretäre bis auf Herrn von Jagow bürgerlich, und in den nachgeordneten Stellen gibt es sehr wenig blaues Blut, aber mehr Blut, das der Linken sympathischer ist. (Hört, rechts, Abg. Rogalla von Bieberstein: Judentum! Lachen links.) Noch haben wir ein homogenes Offizierskorps. (Bravo rechts.) Keinadige Offizierskorps wären auch wir nicht. (Zurufe links: Da also!) Wenn ein Bleichröder oder Friedländer-Hould Kommandeur des Gardeskorps wäre, würden die Freisinnigen die Garde nicht bekämpfen. In England erkennt man die patriotischen Verdienste des Adels freudig an, bei uns aber darf der Abg. Büschi die Offiziere von 1870 beschimpfen (Sturm. Widerdruck b. d. Soz., Vizepräsident Döve zügt den Ausdruck). Haben nicht viele unserer Freunde geleistet und leisten der Adel nicht heute noch sehr viel, z. B. in den Kolonialkriegen? (Zurufe der Soz. Eisenburg, Aachenberg) Dr. Müller-Meiningen wird keine solcher Glanzleistungen vollbringen, wie der Leutnant v. Eggers Krieger, der vom Kumpfplatz in Magdeburg nach der Grünewaldbahn flog und auf beiden Bahnen erste Preise gewann (Sturm. Hör.), Einem Cohn, Moses oder Menasse habe ich noch nicht unter den Kolonialfreiwilligen gefunden (Hört, rechts). Solange ein Hohenzollern die Krone trägt, wird sein Kanzler und sein Kriegsminister diesen Tendenzen entgegenkommen. (Beifall rechts, Lachen und Hurraufe links).

Abg. Graf Praschka (Blt.): Ich richte gegen den sozialdemokratischen Antrag. Aus der Kommandogewalt des Kaisers folgt das Recht, das Gardeskorps so wie jetzt zu formieren. Zudem hat Herr Lenzich den Antrag eine Begründung gegeben, die etwaweise Zweifel über unsere Haltung völlig beseitigte. Die Sozialdemokratie will die Fundamente unseres Heereswehrs völlig umwerfen. Wobin eine solche Politisierung der Armee führt, haben wir in d. T. Türket zu sehen. Auch den fortschrittlichen Antrag lehnen wir ab. Aus eigener Erfahrung kann ich bezeugen, daß von einer allgemeinen Missstimmung in der Linie gegen die Garde keine Rede ist.

Abg. Heinrich (Blt.): Resolutionen, in denen wehrende Parteien ihre Wünsche niedergelegt haben, kann man nicht beraten abstimmen, wie der Abg. v. Gräfe es getan hat. (Sehr wahr! links!) Wir lehnen die gegen die Garde sichwendenden Anträge ab zu weitgehend ab, nehmen aber die Resolution an, die sich gegen das nicht zugeliegende Überwiegen des Adels in bestimmten Truppenstellen wendet. (Bravo! b. d. Natl.)

Abg. Schäpplein (Soz.): Der Abg. v. Gräfe hat von Erfahrung geredet. Das sagt ausgerechnet ein Vertreter der Partei, die nie gesagt hat, der Regierung die Faust auf den Zug zu ziehen, um ihre Forderungen erfüllt zu sehen. (Lebhafte Zustimmung links) Also, wenn wir in Erwartung sitzen, so folgen wir nur Ihrem (noch rechts) Beispiel. Nennen Sie es Expressum oder nicht. Jetzt ist der Augenblick da, wo der Reichstag imstande wäre, von der Regierung die Erfüllung lang erhobener Forderungen zu erlangen. Und es ist allerdings beflogenswert, daß jetzt die bürgerlichen Parteien zurückzudenken und die Gelegenheit vorübergehen lassen, Reformen zu verlangen, für die früher selbst das Zeutum sich eingesetzt hat (Sehr wahr! b. d. Soz.). Der Abg. Gräfe warf uns vor, die Offiziere beschimpft zu haben.

Im Schimpfen sind uns die Herren von rechts weit über. Das für Beschimpfungen hat die Rechte hier gegen die Freiheits- und Einheitskämpfer von 1848 ausgestoßen. Wir betrachten gar nicht, daß die Offiziere und auch die adligen Offiziere läufiges geleistet haben, aber haben das die Gemeinden nicht auch gemacht? (Sehr gut! links!) Die deutschen Heiden aber können es nicht zum Offizier bringen, höchstens zum Feldwebel. Der Abg. v. Gräfe hat auch einige Worte über die Juden gemacht. Niemand Adlige gehen an den literalen Belungen und suchen sich so ein goldenes Rebecken durch Interat. (Stürmende Freudentrommeln.) Es schadet auch nicht, wenn Sie (nach rechts) durch Ausführung seines Befehls etwas zur Aufmerksamkeit ihrer Art. tun. (Heiterkeit und Zustimmung links.) Wenn der Kriegsminister tatsächlich nicht wissen sollte, daß es Privilegien bei der Beförderung gibt, daß Gardesoffiziere schwere Karriere machen, dann ist es um seine Kenntnis der Preußischen Armee so leicht bestellt (Sehr richtig! b. d. Soz.). Er beruft sich immer auf die Verhältnisse. Aber die Praxis sieht vielleicht anders aus. Der Kriegsminister hat in der Kommission schriftlich gesagt, daß an der Annahme unseres Antrages das ganze Gesetz scheitern würde (Hör!, hört! b. d. Soz.). Daher können wir mit Zusage und Recht sagen, daß er die Waffe über das Kaiserreich geworfen hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Nun die Garde ist nicht dazu da, monarchischen Zwecken zu dienen. Sie ist ein Teil der Armee und hat das Kaiserreich zu schützen und weiter nichts (Sehr richtig! b. d. Soz.). Wir wollen keine Streichung des Gardeskorps und wir wissen, daß das Volk unsere Forderungen teilt. An das Volk, das eine hohe Tugend ist wie der Reichstag, werden wir mit unseren Forderungen gehen und der Sieg wird bei der Seite des Volkes und bei der Demokratie sein. (Sehr Bravo! b. d. Soz.)

Kriegsminister v. Schlieffen: Das wollen wir erst einmal besprechen (Lebhafte Zustimmung und Beifall rechts). Ich kann mir wiederholen, daß die Garde keine Kommandogewalt hat. Mit dieser Gewalt kann sie in die Kommandogewalt auch, daß die Armee gegen Friedenszeit ist. Prüfen Sie und Ihnen (zu den Soz.) liegt ein sozialdemokratisches Abonnement, die Macht ist nach Weise für Soziale und Arbeit. Sie aber sind nur für das Reich ohne Anspruch. (Gute wahr! b. d. Soz. — Beifall rechts).

Abg. Dr. Müller-Meiningen (Vpt.): Der Abg. v. Gräfe hat hier eine sozialdemokratische Rechte erhalten. (Schreuder, Höller, Hörl, Hörls Tochter) Der Sozialdemokratismus des Abg. v. Gräfe ist sozialdemokrat für das gegenwärtige soziale Leben der bürgerlichen Partei (Lebhafte Zustimmung). Der sozialdemokratische Sozialismus ist in diesem Sinne sozialdemokrat für das gegenwärtige soziale Leben der bürgerlichen Partei (Lebhafte Zustimmung). Der sozialdemokratische Sozialismus ist in diesem Sinne sozialdemokrat für das gegenwärtige soziale Leben der bürgerlichen Partei (Lebhafte Zustimmung).

Mehrheit, sie achten Ihre Garde, weil sie an der Spitze der Kultur stehen, nicht wie unsere Kulturfunker! Wir werden in unserem Kauh ist unsere gerechten Forderungen nicht nachlassen. (Beifall links — höhnisches Bravo rechts.)

Abg. Zubell (Soz.): Garantie haben wir uns über die Miete des Abg. v. Gräfe nicht, denn sie ist ein vorzügliches Agitationssmittel für uns (Sehr wahr! b. d. Soz.). Ich habe stetswegs behauptet, daß das ganze Offizierskorps die Mannschaften beschimpft und beleidigt, sondern nur, daß auch Offiziere sich mit solchen Schändaten von Unteroffizieren beteiligen. Den Kriegsminister wird doch bekannt sein, daß vor dem Krieg 1870 Offiziere von Ihren Regimentern versucht werden mussten, weil sie bei ihren Soldaten zu „beliebt“ waren (Hört, b. d. Soz.). Was ich über den Premierleutnant v. Roos gesagt habe, halte ich aufrecht. Er hat seinen Vorschriften erstickt und er ist schon (Hörtl Hörl b. d. Soz.). Die gesamte Bürgerschaft Gubens war darüber empört. Was dieser Menschenschinder an uns verbrochen hat, wird jeder bestätigen, der 1874 in Guben gelebt hat. Das kurz nach dem Feldzug ein Edikt der Nation die Soldaten in dieser Weise behandelt hat, sei am Schlusse der Debatte hier nochmals festgestellt.

Kriegsminister v. Heeringen: Selbstverständlich sind auch von Offizieren Misshandlungen vorgekommen, denn Offiziere sind keine Engel. Die beleidigende Verallgemeinerung des Abg. Zubell weise ich zurück. (Bravo, rechts.)

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen der Antragsteller und der Polen abgelehnt.

Die fortschrittlichen Anträge und Resolutionen werden gegen die Stimmen der Rechten angenommen.

Das Haus vertragt die Weiterberatung auf Donnerstag 3 Uhr.

11. Generalversammlung der Deutschen Metallarbeiter.

h. Breslau, 18. Juni 1913.

Dritter Tag.

Die Verhandlungen beginnen morgens 8 Uhr mit der Befreiung eines Telegrammes der italienischen Metallarbeiter. Sie senden brüderliche Grüße und entschuldigen ihre Nichtanwesenheit, die durch Kämpfe im eigenen Lande erzwungen ist. Die Delegierten, die als Reichstagsabgeordnete in Berlin durch wichtige Abstimmungen immer noch zurückgehalten werden, ersuchen telegraphisch um weiteren Urlaub, er wird von der Generalversammlung genehmigt.

Im dritten Antragen eröffnet nun wieder die gestern abgedrohte Diskussion zum allgemeinen Geschäftsbericht. Es liegen von gestern her noch 21 Wortmeldungen vor.

Im Mittelpunkt der Debatte stehen neben anderen Fragen im besonderen die der ungeteilten Arbeitszeit und die des Sonnabend-Mittagabchlusses. Die letztere hat unter den Rednern viele Freunde, aber auch die ungeheure Arbeitszeit wird immer wieder als Sünde für die Arbeiter geladen. Erst der Einmonatungen die man gegen sie machen kann. Die Diskussion wird dann durch einen Schlussantrag abgekürzt. Schließe führt in einem Schlusssatz kurz aus, daß die Beauftragungen der Sitzung des Vorstandes zu den Unternehmensnachwahlen ohne volle Berücksichtigung der Gründe erfolgt sei, die dazu angeführt waren. Nun zu den Gründen für die Sitzung. In den Großbetrieben wo wir die ausschlaggebende Macht sind, müssen wir auch in den lokalen Fragen entscheidend sprechen. Der Vorstand will mit den anderen Verbänden über diese Frage auf der Grundlage verhandeln, daß in den Betrieben die nach ihrer ganzen Art zu einem bestimmten Berufe gehören, dann die Organisation die Führung für diesen Beruf zu übernehmen hat zu der dieser Beruf gehört. Die Nebenberufe eines solchen Betriebes sollen so lange zu den Gebieten der Hauptberuforganisation gehören, als sie nicht ganz in sich geschlossene Betriebsabteilungen darstellen. Die Hamburger Resolution der Gewerkschaften enthält den Passus: unter Wahrung des jeweiligen Besitzstandes. Das ist ein Passus zu dem geagt werden kann, wie es jetzt liegt man ihn aus. Der Vorstand ist durchaus nicht gegen statische Erhebungen. Das habe ich auch nicht gesagt. Wenn der Vorstand Statistik macht, dann bedarf es aber der guten und schlechten Mithilfe der Zahlstellen und Mitglieder. Unsere Ortsvertretungen können sich selbst auch gut helfen, indem sie gewissermaßen über ihre Betriebe auch führen. Wenn sie in ruhigen Zeiten noch und nach Aufzeichnungen anstrengen, also Qualitätsstellen der Betriebe führen, dann kann man bei wichtigen Maßnahmen die tatsächlichen Verhältnisse beurteilen. Der Vorstand hat aber auch von den Zuträgen für partizipative Erhebungen, die er auf der letzten Generalversammlung erhält, eine ganze Reihe durchgeführt. Nun nochmals zum Sonnabend-Mittagabzug. Verkürzung der längeren Arbeitszeit muß unsere wichtigste Forderung bleiben. Ich möchte warnen, daß wir uns für die Zukunft zu dieser Frage festlegen, es handelt sich doch um eine tatsächliche Maßnahme. Das Gleiche gilt für die Frage der ungeteilten Arbeitszeit.

Ich bitte für die sachliche Kritik des Vorstandes. Ich hoffe, daß unser gutes Einvernehmen hier sich damit auch auf das Einvernehmen zwischen der Gesamtmitgliedschaft und dem Vorstand erweitert; so ist mir die Zukunft nicht bang.

Nach dem Antrag des Verbandsausschusses wird dem Verbandspräsidenten Werner Entlastung erteilt.

Die Einzelberatung der zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträge beginnt. Seewering-Bielefeld beantragt, sie insgesamt den Vorstand als Material zu überweisen. Es wird dementsprechend beschlossen. Eine Reihe der Anträge wird von Vertretern der sie beantragenden Orte noch ausführlich begründet. Bevorher erfolgt dies bei den Antreten, die stellvertretende Feststellungen in der Elektroindustrie verlangen und denen, die Betriebskonferenzen würden. Cohen-Berlin spricht gegen die alljährlichen Betriebskonferenzen. Mit Ausnahme der Leipziger Anträge, die Durchführung einer Soldatenstatistik verlangen, auch wünschen, daß in das Verwaltungsreglement Nebenberufe bedacht werden, werden alle an diesen Punkten vorliegenden Anträge als Material für den Vorstand übernommen. Nur noch der Düsseldorfer Antrag, eine Abänderung der Art der Telefserungen zur Gewerkschaftsschule eintritt an, ist abgelehnt.

Über einen Brandauer Antrag, der mehr Propaganda für die Gewerkschaft am 1. Mai forderte, entscheidet sich eine kurze Debatte, sie wird durch die Annahme eines Antrages auf Übertragung zur Tagessitzung erledigt.

Der Vorstande Schließe teilt mit, daß ein Freund des amerikanischen Verbundes mit dem der Deutschen Metallarbeiterverbund in Vertrag steht, das internationale Normatorium ebenfalls anzunehmen sei, und im Auftrage dieser Organisation Grüße überbringe.

Die Nachberatung beginnt mit dem Bericht der Redaktionskommission des Reichs- und Kolonialzeitungsexperten. Vorstrelt wird die neue für Staatsberatungskommission die überholte Tageszeitung erledigt werden. Es kommt zu einer Erörterung der Zusätzlichen für Delegationen zu Generalversammlungen, Delegationsreisen und ähnlichen Zusammenkünften. Nach längerem Auseinanderreden wird der Antrag angenommen.

Nun werden die Preisenträger beruhigt. Es treibt sich in einer Reihe von Anträgen aus, Marburg, Berlin, Gießen, Frankfurt, Köln, Mainz und Frankfurt a. M. Sie fordern ausdrücklich, daß die Schulen der bürgerlichen Streitkräfte, die aus der politischen Unfreiheit vom Verbandsberichterstatter berügt, nicht in der Metallarbeiterzeitung zum Ausdruck gebracht werden.

Seidin der entsprechend berichtet. Die Zeitung der Metallarbeiterzeitung ist bei ihrem Standpunkt in der Metallarbeiterzeitung nicht einig, ob sie die Schulen der bürgerlichen Streitkräfte, die aus der politischen Unfreiheit vom Verbandsberichterstatter berügt, nicht in der Metallarbeiterzeitung zum Ausdruck gebracht werden.

Generalm. Stuttgart, der Redakteur der Metallarbeiterzeitung, antwortet darauf: Wenn ich auf die Angriffe richtig eingehen wollte, dann müßten wir hier die ganzen Stuttgarter Streitigkeiten aufstellen. Es handelt sich darum, daß die Metallarbeiterzeitung Angriffe, die gegen die Beamten des Verbandsberichterstatters erfolgt, zurückgewiesen hat. Diese Angriffe sind unter dem Befehl Hindernis erfolgt, daß es sich um Beamte aus dem Hauptbüro des Deutschen Metallarbeiterverbandes handelt. Unter diesen Umständen war es verbindliche Pflicht und Schlußfolgerung, diese abzuwehren. Als 1911 gegen mich die grössten Angriffe erhoben wurden, habe ich eine Untersuchungskommission beantragt. Das Schiedsgericht, das über den Ausschluß gegen mich berufen worden war, hat mich freigesprochen. Es kann doch nicht der Wille der Verbandskollegen sein, durch einen Beschluss der Generalversammlung indirekt das Schiedsgerichtsurteil zu fortsetzen.

Von Cohen wird, ehe in der Diskussion fortgesetzt wird, eine Erklärung der Berliner Delegierten zu den zirca Debatten stehenden beiden Anträgen verlesen. Sie lautet: „Die Berliner Delegierten sind der Ansicht, daß durch die in der Berliner Resolution gekennzeichneten Streitigkeiten keinen Teil der Arbeiterbewegung gedient ist. Die Ausprägung persönlicher Meinungsverschiedenheiten sollte deshalb von allen Seiten das unter Gleichgesinnten notwendige Maß eingeschlagen werden.“

In diesem Sinne ist die Berliner Resolution nur aufzufassen, die von der Erwartung ausgeht, daß auch von Parteienseite Angriffe unterbleiben, damit nicht für unsere Zeitung wieder die Notwendigkeit entsteht, dieselben abzuwehren.“

Büttmann-Frankfurt a. M. deutet, daß es sich für die Frankfurter bei dem Beschluss ihres Antrages nur darum gehandelt habe, die Schädigung die solche Zeitungsdiskussionen erzeugen, in Zukunft zu vermeiden.

Nach Annahme eines Schlussantrages werden die beiden der Gleichartenden Anträge, die unterslassen von politischen Zeitungsdiskussionen verlangen, angenommen.

Die Anträge auf Befreiung der Arbeitersachen unter Schritte aus der Metallarbeiterzeitung werden abgelehnt, nachdem Schließe erörtert hat, daß sich darunter auch Arbeitgeber darunter die freiorganisierte thätige Arbeiter suchen und sich nicht dem Befehl ihrer Unternehmerfreunde auslegen wollen.

Ein Antrag auf die Schaffung einer Schiedsgerichtsinstanz wird der Redaktion übertragen.

Die Befreiung der Gewerkschaften wird über die 4. Punkts der Tagesordnung: „Die Syndikate und Parteien und ihr Einfluss auf die Arbeiterschaft.“

Beschlossen wurde, den Vortrag als Brochüre erscheinen zu lassen. Von einer Diskussion wurde Abschluß genommen.

Der Vortragende verliest eine Erklärung, die an erster Stelle die Namen Seevering und Pawlowitsch als Unterstützer trägt. Wir zitieren die Erklärung wörtlich, unter Weglassung einiger kleiner unerheblicher Stellen.

„Die unterzeichneten Teilnehmer der Generalversammlung erklären hierdurch, daß sie außer Sympathie für die Arbeitersachen, mit persönlichen Streitigkeiten den Raum der Metallarbeiterzeitung nicht in Anspruch zu nehmen, den Beschluss des Verbandsberichtes: „Die unterzeichneten Teilnehmer der Generalversammlung erklären hierdurch, daß sie außer Sympathie für die Arbeitersachen, mit persönlichen Streitigkeiten den Raum der Metallarbeiterzeitung nicht in Anspruch zu nehmen, den Beschluss des Verbandsberichtes“.

„Personliche Streitigkeiten, die aus der politischen Tätigkeit von Verbandsmitgliedern herrühren, dürfen nicht in der Metallarbeiterzeitung zum Ausdruck gebracht werden“, als verbindlich nicht anerkannt können.

Ganz abgesehen davon, daß der Beschluss von der unmöglichen Voraussetzung ausgeht, daß die Streitigkeiten in der Metallarbeiterzeitung zu einem Ausdruck gebracht werden, während sie doch nur erörtert werden, steht in dem Beschluss jede Bestimmung darüber, wer vor der Aufnahme des Artikels entscheiden soll, ob die zu befrüchteten Streitigkeiten als eine aus politischer Tätigkeit von Verbandsmitgliedern entstandene persönliche Angelegenheit oder eine sachliche Auseinandersetzung ist.

„Sachliche Meinungsverschiedenheiten sind nicht zu verneinen. Zur Erörterung dieser Meinungsverschiedenheiten debattiert der Verbandsvorsitzender über das notwendige Maß von Verbandsberichtigungen, ohne dessen Durchführung eine fruchtbare Erörterung nicht denkbar ist. Die Durchführung des Beschlusses bedeutet darum nichts anderes als entweder die Befreiungsfreiheit zu unterbinden, oder aber neue unlösbare Streitigungen über den angeblichen Nutzen der Metallarbeiterzeitung hervorzurufen.“

Nach diesen Gründen legen die unterzeichneten Teilnehmer der Generalversammlung gegen den Beschluss die entschiedenste Verachtung ein.“

Es folgen 18 Unterschriften.

Die Erklärung geht zu Protokoll.

Ein zu gleicher Zeit eingegangener Antrag spricht aus, daß die beiden angenommenen Anträge keine Missbilligung der Entwicklung der Redaktion der Metallarbeiterzeitung ausdrücken wollten.

Nach fütterer lebhafter Diskussion wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Nach einigen persönlichen Bemerkungen vertritt sich der Kongress auf morgen.

Aus der Frauenbewegung.

Militaristinnen. Die Gattin des Archäologen Dieulofon hatte im März dem Kriegsminister den Plan unterbreitet, im Kriegsfall einen Teil des Verwaltungsdienstes in Frankreich, der sonst von Offizieren und Unteroffizieren verfehlt wird, Frauen zu übertragen.